

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme des Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Gauß, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Hermann Fabian, Magdeburg, Neustadt. Druck von Franz Bette, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eing. Schrotbofstr.). Fernsprecher 1567.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Frangierlohn) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 M., 2 Exempl. 2.90 M. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 M., monatl. 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 M. Einzelne Nummern (einschl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgebühr die fünfgehaltene Beilage 15 Pf. Post-Belegungsgebühr Nr. 7779

Nr. 181.

Magdeburg, Sonnabend den 5. August 1899.

10. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Darf ein Sozialdemokrat Minister werden?

Die Frage gewann ein aktuelles Interesse mit dem Eintritt Millerands in das französische Ministerkabinet. Welche auch unsere theoretischen Voraussetzungen sein mögen, klar ist, daß unser Schlußurteil nur auf Grund einer sorgfältigen Abwägung der Vortheile und Nachteile für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse gefällt werden darf. Heißt es, daß es zwar praktisch vorteilhaft, aber grundsätzlich verwerflich sei, so steht offenbar irgendwo ein Fehler, denn unsere theoretischen Grundzüge sind nicht dazu da, um die praktische Politik der Arbeiterklasse zu hindern, sondern um sie zu fördern.

Die grundsätzlichen Verteidiger der Uebernahme einzelner Ministerportefeuilles auch im kapitalistischen Staat seitens der Sozialdemokratie finden darin vor allem die Konsequenz unseres allgemeinen Verhaltens zu den Staatsämtern. Sozialdemokraten sitzen in den Gewerbebehörden, in den Krankenkassenvertretungen, es giebt in demokratischen Ländern sozialdemokratische Bürgermeister, Staatsanwälte — warum soll es nicht auch sozialdemokratische Minister geben? Man könnte von diesem Gesichtspunkte aus folgenden Gegensatz konstruieren: Wenn man uns das Amt eines Fabrikinspektors anbieten würde, wir würden es sofort annehmen — und den Posten eines Handelsministers, der die Oberaufsicht über die Fabrikinspektion hat, den sollen wir ausschlagen?

Daß ein Ministeramt Gelegenheit bietet, den Arbeitern nützlich zu leisten, soll und kann nicht bestritten werden, — die Frage ist aber, ob ein sozialdemokratischer Minister die Möglichkeit haben würde, diese Gelegenheiten zu benützen.

Ein Minister ist nicht einfacher Beamter, er ist Mitglied der Regierung. Keine Regierung kann auf die Dauer im Widerspruch stehen zu dem Staat, den sie vertritt. Nun ist zweierlei möglich: Entweder die sozialdemokratischen Minister bilden die Majorität, dann muß dem offenbar eine sozialdemokratische Majoritätsbildung im Parlament vorangegangen sein, die ihrerseits nur das Ergebnis der ausschlaggebenden Stellung der Sozialdemokratie im Volke sein kann. Dann ist die Situation klar, dann handelt es sich um eine sozialdemokratische Regierung. Dann würden aber die klassenbewußten Arbeiter dafür zu sorgen gehabt haben, daß in die Regierung nur Sozialdemokraten hineinkommen, denn um eine energische Thätigkeit zu entwickeln, muß die Regierung eine einheitliche sein, ihre sämtlichen Mitglieder müssen in ihren Grundanschauungen übereinstimmen. Oder die Sozialdemokraten sind in der Minderheit, dann haben sie die Majorität der Regierung und die Majorität des Parlaments gegen sich, jede Maßregel, die sie unternehmen, wird mit dem größten Mißtrauen aufgefaßt und auf Schritt und Tritt werden ihnen Hindernisse in den Weg gelegt — was sollen sie unter diesen Umständen leisten können? Der sozialdemokratische Minister würde in seiner Auffassung aller Dinge in einem solchen Widerspruch stehen zu dem kapitalistischen Staat (man denke sich etwa Bebel an Stelle von Gofler, Stadthagen an Stelle von Posadowsky, Liebknecht an Stelle von Bülow), daß die Frage sich von selbst aufdrängt: wie wäre es denn überhaupt möglich, daß ein Sozialdemokrat in ein bürgerliches Ministerium hineingewählt werde? Und das ist allerdings unter normalen Umständen nur dann möglich, wenn der sozialdemokratische Ministerkandidat sein politisches Programm so weit abfärben läßt, daß er der Bourgeoisie nicht mehr gefährlich erscheint, d. h. wenn er aufhört, Sozialdemokrat zu sein. Da die Kapitalistenklasse ihre eigenen Interessen nie verraten wird, so ist der Eintritt eines Sozialdemokraten in eine kapitalistische Regierung nur möglich durch einen Verrat der Arbeiterinteressen.

Das zeigt uns die Erfahrung aller Tage. Wir sehen, wie selbst Männer, die alles weniger denn Sozialdemokraten sind, wenn sie nur einigermaßen Miene machen, die Arbeiterforderungen nicht ausschließlich vom Ausbeutungsstandpunkte aus zu betrachten, aus den Ministerien entfernt werden. Siegt es denn an dem persönlichen Charakter der Minister, an ihren persönlichen politischen Anschauungen, daß die Regierung kapitalistisch ist?

Wir haben stets behauptet, daß das in der gesamten Gesellschaftsordnung, in der Organisation des Staates liegt. Diese geschichtlichen Machtverhältnisse würde auch ein Sozialdemokrat unter den Ministern nicht brechen können, er müßte sich ihnen unterwerfen; er würde, welchen Ressort er auch vertreten möge, für den kapitalistischen Militarismus, den kapitalistischen Fiskalismus,

die kapitalistische Kolonialpolitik eintreten müssen, sonst würde er keine zwei Tage mit seinen Kollegen zusammenwirken können. In dem gleichen Maße würde er sich in Gegensatz setzen zu seiner eigenen sozialdemokratischen Fraktion und müßte von ihr ebenso angegriffen werden wie die anderen Mitglieder der Regierung. Ein Fabrikinspektor hat seinen bestimmten Wirkungskreis, für den er verantwortlich ist, alles andere geht ihm nichts an — ein Minister ist mit verantwortlich für die gesamte Politik des Landes.

Darum ist die unerläßliche Bedingung für ein erspriessliches Wirken eines sozialdemokratischen Ministers der sozialdemokratische Staat.

Wenn das Proletariat zur politischen Herrschaft gelangt, wird es sich seine Minister wählen — die Arbeiterminister aber, welche von bürgerlichen Parlamenten eingesetzt werden, sind höchstens Dekorationstücke und dienen dazu, die Arbeiter zu narren. —

Vies auch den Artikel: „Die Krise im französischen Sozialismus“ in heutiger Beilage. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die „freie Meinungsäußerung“ der Beamten.

In Frankfurt a. M. wurde kürzlich die Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Verbandes technischer Zoll- und Steuerbeamten abgehalten. Auf dieser wurde der Beschluß gefaßt, das bisherige Verbandsorgan, die Umschau, als solches aufzugeben, weil, wie mitgeteilt wurde, nur auf diese Weise der Verband in Preußen unangefochten weiter bestehen kann. Die Umschau hat sich nämlich das Verbrechen zu schulden kommen lassen, Mängel in der Verwaltung freimütig aufzudecken und für ihre Abstellung einzutreten. Das ist freilich ein sehr schweres Verbrechen. —

Ausweisungen dänischer Dienstboten aus Nordschleswig sind noch immer an der Tagesordnung. So wurde ein dänischer Geselle des Reisermeisters Dester in Christiansfeld ausgewiesen. Dester, der ein persönlicher Freund des Reichstagsabgeordneten Gustav Johannsen ist, hatte die von letzterem im Versammlungshaus „Frei“ abgehaltene dänische Versammlung besucht. Welches Ergebnis die Maßnahmen der Regierung bei der Bevölkerung in Nordschleswig haben, zeigt der Umstand, daß seit der vor 10 Tagen stattgefundenen Versammlung, bei welcher die Damen das Versammlungshaus verlassen mußten, gegen 40 Personen sich als Mitglieder in den Verein haben aufnehmen lassen. Auch ein dänischer Knecht des Hofbesitzers Svendsen in Koberstedt wurde ausgewiesen. Svendsen war nicht in der Versammlung anwesend, doch ist er Mitglied des dänischen Vereins. —

Im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier finden zahlreiche Ausweisungen lästiger Ausländer statt. Im Kreise Dortmund sind alle Ausländer, die sich beim letzten Ausstände als „lästig“ erwiesen haben oder agitatorisch hervorgetreten, abgeschoben worden. Also nicht bloß agitatorisch Thätige schiebt man ab, sondern auch solche, die sich „lästig“ erwiesen. Eine spätere Geschichtsschreibung wird dieser Staatskunst ein feines Zeugnis ausstellen. —

Schriftsteller Bedefind wurde in Leipzig wegen Majestätsbeleidigung zu sieben Monaten Gefängnis bestraft. Die Beleidigung ist, wie die Leser der Volksstimme wissen, begangen durch Veröffentlichung zweier die Palästinareise des Kaisers behandelnder Gedichte unter den Titeln „Im heiligen Lande“ und „Eine Palästinafahrt“ in den Nummern 31 und 32 der illustrierten Wochenchrift „Simplicissimus“ im Oktober 1898, deren Verfasser der Angeklagte war. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Die Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten wird in einer Mitteilung des hannoverschen Couriers wieder aufs Tapet gebracht. Dem Blatt wird geschrieben: „Gegenüber einem hervorragenden konservativen Parteiführer, der seit den letzten Neuwahlen dem Reichstage nicht mehr angehört, hat Fürst Hohenlohe vor geraumer Zeit in einem Privatgespräch seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, im Bundesrat die Gewährung von Diäten an die Reichstagsabgeordneten und die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes gemäß dem bekannten Reichstagsbeschlusse zu befürworten. Der betreffende konservative Herr gab in sichtlich Erregung zur Antwort, daß die konservative Partei alles aufbieten werde, um beide Maßnahmen zu verhindern; sollten diese dennoch durchgeführt werden, so würden die meisten konservativen Reichstags-Abgeordneten solches mit der Niederlegung ihrer Mandate beantworten. Seither ist, wie gesagt, geraume Zeit verstrichen, ohne daß die bezüglichen Pläne des Reichskanzlers eine weitere

Förderung erfahren hätten.“ Es handelt sich hier augenscheinlich um sehr „olle Kamellen“. Der Reichstag hat am 26. März 1897 mit 179 gegen 49 Stimmen den Antrag auf Einführung von Diäten für die Reichstags-Abgeordneten genehmigt. Seitdem hat über die Haltung der Regierung in der Diätenfrage nichts mehr verlautet. Die Mitteilung des hannoverschen Couriers erwähnt auch die Bereitwilligkeit des Fürsten zu Hohenlohe, die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes gemäß dem bekannten Reichstagsbeschlusse zu befürworten. Der Reichstag hat in dieser Session am 1. Februar 1899 in dritter Lesung sowohl den Antrag des Centrums, betr. Aufhebung des Jesuitengesetzes, als auch den Antrag Rüdert-Graf Limburg-Sturum in dritter Lesung angenommen, wonach der § 2 des Jesuitengesetzes (Internierung und Expatrierung) aufgehoben werden soll. Die Regierung hat sich an den Beratungen über diese Anträge von der ersten bis zur dritten Lesung nicht beteiligt. Es verlautete aber alsbald, daß die Regierung nicht abgeneigt sei, der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes im Bundesrat zu befürworten, der Bundesrat dennoch den Reichstagsbeschlusse ablehnen werde. Das Gerede des hannoverschen Couriers ist also nicht ernst zu nehmen. —

Die Bewilligung von Offiziersprämien nach dem Muster der Unteroffiziersprämien von 1000 Mark nach 12jähriger Dienstzeit fordert ein Eingekandt in der Kreuzzeitung. Die Durchführung des Vorschlags würde eine gewaltige Erhöhung des ohnehin durch die frühzeitigen Pensionierungen namentlich der Hauptleute und Rittmeister I. Klasse in die Höhe getriebenen Pensionsfonds für die Offiziere bedeuten. Wir haben's ja! —

Der Kaufpreis von 17 Millionen Mark für die erworbenen Karolinen-Inseln soll sofort nach der feierlichen Uebergabe der Inseln an Deutschland an die spanische Bank abgeführt werden. Wie viel könnte im deutschen Reich für Meliorationen und Beseitigung der alljährlich drohenden Ueberschwemmungen gethan werden, wenn die 17 Millionen hierzu verwendet würden. —

Professor L. Brentano in München hat sich bereit erklärt, auf dem Parteitag der Nationalsozialen in Göttingen am 2. Oktober das Hauptreferat über den „Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses“ zu übernehmen. Damit ist das Programm des Parteitages in der Hauptsache festgestellt. —

Den Kampf gegen die Sozialdemokratie legt wieder einmal die Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz, die unter Stumm'schem Einfluß steht, der Regierung ans Herz. Die Regierung soll den Kampf führen „unabhängig von den Parteien“, „unabhängig von dem Tosen und Wüten der linksstehenden Presse“.

An Kampfmitteln wird vorgeschlagen: Einrichtung eines polizeilichen Ueberwachungsdienstes der Sozialdemokratie. In erster Linie ist es dringend geboten, daß die Regierung über die Agitation, den Umfang und die Mittel derselben fortlaufend aufs eingehendste unterrichtet wird. Auf jedem Polizeiamt, bei jedem Amts- und Gemeindevorsteher müssen Verzeichnisse geführt werden, in die die Anhänger der Sozialdemokratie aufzunehmen wären, und bei jedem Domizilwechsel würde an die betreffende Ortsbehörde eine entsprechende Mitteilung zu richten sein. Außerdem würde in allen Orten auf dem Lande wie in den Städten ein umfassender polizeilicher Ueberwachungsdienst der Sozialdemokratie und ihrer Agitation, geheimen Zusammenkünfte usw. zu organisieren sein. Allmonatlich müßten von dem betreffenden Beamten eingehende Rapporte erstattet werden, damit die Centralinstanz zu jeder Zeit ein detailliertes Bild der Betätigung der Sozialdemokratie besitzt. —

Es ist für eine umfassendere Ausübung der Vereinspolizei Sorge zu tragen, dergestalt, daß in allen sozialdemokratischen Versammlungen ein perfekter Stenograph im amtlichen Auftrage anwesend ist. Es wird sich empfehlen, in allen Bezirken, wenn geeignete Polizeibeamte nicht vorhanden sind, einen amtlichen Stenographen zu bestellen, damit auch die Kontrolle der sozialdemokratischen Redner in allen Orten eine möglichst genaue wird.

Nicht weniger wichtig als eine scharfe Ueberwachung der Sozialdemokratie ist die Belehrung. Zunächst ist geboten, daß jede Geheimniskammer in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie wegfällt. Allen allgemeinen Erlassen, wenn sie nicht ganz diskrete Anordnungen enthalten, ist die weiteste Verbreitung in amtlicher Form zu geben. Mehr als bisher müssen auch die amtlichen Kreisblätter zu Belehrungen über die gefährlichen Ziele der Sozialdemokratie herangezogen werden.

Während die katholischen Geistlichen eine sehr energische Thätigkeit gegen die Sozialdemokratie entfalten, legen sich

die evangelischen Geistlichen meistens Zurückhaltung auf und treten seltener in dem Kampfe hervor. Eine regere Teilnahme der evangelischen Geistlichen an diesem Kampfe, vor allem durch unmittelbare belehrende Einwirkung auf irreführende Gemeindeglieder, würde wünschenswert sein und die Würde des geistlichen Amtes nach keiner Richtung hin verletzen.

Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratie neuerdings die Taktik befolgt, unter möglichst harmlosen Deckmänteln ihre Agitation noch intensiver zu gestalten. Es will uns darum dringend geboten erscheinen, das ganze Ueberwachungs-system der Sozialdemokratie intensiver auszubilden. Dazu hat die Polizei ohne Frage das Recht, und von diesem Rechte muß der ausgiebigste Gebrauch gemacht werden.

Ein ganzes Heer von streitbaren Kämpfern soll also aufgebildet werden. Polizisten und Stenographen, Pastoren und Beamte und natürlich nochmals Polizisten — alle sollen ausziehen, um die Umstürzler zu bewältigen; dabei ist zu erwägen, daß die meisten der hier als funkelnagelneu empfohlenen Waffen, bereits seit Jahren gegen die Sozialisten angewandt werden. Daß der „Ketter in der Rot“ hierauf nicht eingegangen ist, beweist, wie schlecht er die gegen die Sozialisten getroffenen Maßnahmen kennt. Aber wenn seine Mittel insgesamt verjagen, dann lauert noch im Hintergrunde das heroische Mittel des Herrn von Wendt, der Belagerungsstand.

Nur zu!

Nachrichten aus dem Auslande.

Das belgische Ministerium ist vorläufig wie folgt zusammengesetzt: Vorsitz und Finanzen de Smet de Nayer, Krieg General Dony, Auswärtiges Chevalier Descomps, Inneres Libaert, Ackerbau Vandenberggen, Justiz Theodor oder Kéris, Industrie Cooremans. Die endgültige Regelung wird aber erst am Freitag erfolgen.

Die Niederlage des belgischen Ministeriums hat die Wahlreform und die Neuwahlen wiederum in den Vordergrund der Diskussion geschoben. Die Frage dreht sich heute darum, ob es möglich ist, in Neuwahlen die klerikale Uebermacht zu zertrümmern, um dann eine christliche Wahlreform zu machen, oder ob es möglich ist, jetzt eine Abschlagszahlung, das allgemeine Proportionalwahlrecht, anzunehmen, um die Wahrscheinlichkeit einer Niederlage der Klerikalen bei den nächsten Wahlen zu verringern. Die Sozialdemokraten sind für den ersteren Weg, weil sie natürlich kein anderes Wahlrecht acceptieren können als das allgemeine und gleiche Recht. Die liberale Seite ist für den zweiten, schon deshalb, weil es mit ihrer Begeisterung für das gleiche Recht nicht weit her ist. Aber daß das nächste Ziel nur das sein kann, dem Klerikalismus, der auf dem Lande wie giftige Miasmen lagert, den Todesstoß zu geben, darüber besteht nirgends eine Meinungsverschiedenheit. Wie die Dinge liegen, hat der Antrag, das gegenwärtige Wahlsystem mit der durchgängigen Verhältniswahl zu ergänzen, die meiste Aussicht auf Berücksichtigung. Aber gleichgültig wie die momentane Lösung ausfällt: daß die nächste Gruppe das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Abschaffung aller Privilegien und Wahlvereinfachungen sein wird, dafür bürgt die kampferprobte Engherzigkeit unserer belgischen Genossen. Die belgischen Arbeiter werden sich das volle Recht erobert, und der Tag ist nicht mehr weit, wo in dem kleinen, aber für die Völker vorbildlichen Belgien das Proletariat die politische Macht innehaben wird.

In Holland haben in diesen Tagen die Gemeindevahlen stattgefunden und nach dem „Bureau Herald“ mit einem großen Sieg für die Sozialisten beendet: die Zahl ihrer Anhänger ist in den Provinzen Friesland-Groningen u. bedeutend gestiegen. In Arnheim und Harlem haben sie eine große Stimmenzahl erhalten; die Zahl der Stimmen hat sich in Amsterdam für die Sozialisten verdoppelt und in Rotterdam vervielfacht. Unsere Wähler mahlen, sie mahlen langsam, aber sicher. Ein dreifach Hoch den Holländischen Genossen.

Die Sozialdemokraten Wiens planen am Sonntag vormittag eine Massedemonstration gegen den Verfassungsverbruch und die Zuckerrüben. Der Central-Anzeiger, der sich mit dem Zustände in Oesterreich beschäftigt, schreibt: „Graf Thun steht der ganzen Bewegung ziemlich raitlos gegenüber, er ist überaus vorsichtig in seiner Intentionalität, da er glaubt, die Oesterreicher so schon eingeleitet zu haben; was was er weiß, was er thun will, er gleich dem bekannten Grafen, der auf dem Wege ist und sich nicht zu helfen weiß. In seiner Not ruft er die Polizei zu Hilfe: die Versammlungen werden aufgelöst, Beschlüsse der Gemeindeversammlungen inhibiert, die Meinungen, die hiervon herrühren, beschlagnahmt — das sind die Regierungsmethoden eines Systems, welches vom 14. Lehr.“

Es hat in Frankreich allgemein überhört, daß General de Gallifet seinen persönlichen Stab als Kriegsminister durch den Hauptmann Grosjean vertritt, welcher hat, weil dieser Offizier der Bruder des sozialistischen Abg. Paul Gal Grosjean ist. Man will darin eine besondere Verschlingung Gallifets für seinen Kollegen Willerand erblicken, obwohl Hauptmann Grosjean nie den mindesten Verdacht erregt hat, die politischen Ansichten seines Bruders zu teilen.

Die Despotie in Serbien droht mit dem Untergang eines ihrer Opfer. Sie läßt aus Belgrad wissen, daß der Untersuchungsrichter infolge der gesammelten „wichtigen Beweise“ den Minister Danjicmanis zu dem Gefängnis gebracht habe, um festzustellen, in welchem Ausmaß das klerikale Komplotz und an der Verhinderung gegen die Dynastie Orenowitsch Teil genommen zu haben. Sollten die erbrachten Beweise vollständig in dem nun kürzlich Gelegenen für bekannte Forderungen zureichen bestehen.

Die Untersuchung des spanischen Kriegsgerichts gegen die Generale Paraja und Loral sind beendet. Nach den Reden der Verteidiger wurde die Verknüpfung des Urteils auf eine spätere Sitzung verschoben. — Der Prozeß wegen der Uebergabe von Manila wird am 20. d. seinen Anfang nehmen; ihm folgt die Verhandlung gegen den General Montojo.

Wir haben mitgeteilt, daß der Figaro verschiedene Petitionen veröffentlicht, die Dreyfus von der Teufelsinsel an die Präsidenten der Kammer sandte und die der damalige Konseilspräsident Melme nicht an ihre Adressen gelangen ließ. In diesen Petitionen beteuerte Dreyfus seine Unschuld. Eine dieser Petitionen schloß mit folgenden Worten:

Seit mehr als zwei Jahren erleide ich, der ich ganz unschuldig an dem schrecklichen Verbrechen bin, dessen Gedanke allein mein ganzes Wesen in höchste Erregung versetzt, die entsetzlichste moralische Qual, die man sich denken kann. Ich vermag Ihnen nicht zu sagen, Herr Präsident, was ich gelitten habe; mein Herz allein weiß es. Eine andere Feder als die meine wäre notwendig, um dergleichen Martern zu schildern. Und wenn ich trotzdem gelebt habe, indem ich mein Herz und mein ganzes Wesen gewaltsam zwang, indem ich Beschimpfungen und Schande hinnahm, so geschah dies deswegen, weil ich ruhig mit dem Bewußtsein hätte sterben wollen, meinen Kindern einen reinen und geehrten Namen zu hinterlassen. Aber ach, ich habe zu viel gelitten. Die Widerstandskraft meines Herzens ist zu Ende und ich kann nicht weiter. Oh, Herr Präsident, ich vermag keine Ausdrücke zu finden, um Ihnen alles darzulegen, was ich leide, was jeder Tag von 24 Stunden an entsetzlichen Mühen für mich enthält, denen ich nur in der höchsten Hoffnung Widerstand zu leisten vermag, noch für meine Kinder den Tag zu erleben, da ihnen die Ehre wiedergegeben sein wird. In dieser tiefen Angst richte ich an Sie, Herr Präsident, und an die Regierung meines Landes den letzten Hilferuf, sicher, daß er vernommen werden wird. Dieser Hilferuf eines Franzosen, eines Vaters, der seit mehr als zwei Jahren auf ein Martyrium hingeführt ist, bleibt stets derselbe: die Wahrheit über dieses düstere Drama, die Enthüllung dessen oder derer, die das schändliche Verbrechen begangen haben.

Ein ähnlicher Hilferuf findet sich in dem Telegramm an den Präsidenten der Republik vom 6. Januar 1898:

Da ich seit zwei Monaten keinen Brief von den Meinen mehr erhalte, so erkläre ich Ihnen wiederum, während der Wahnwitz mich zu paden scheint, daß ich nicht der Schuldige war, daß ich es nicht bin, daß ich es nicht sein kann. Dreyfus.

Tief erschütternd wirkt auch der Brief, den Dreyfus an den Leiter der Strafanstalt der Salinsinsel richtete, als er erfuhr, daß man ihn in Eisen legen werde. Derselbe lautete:

Herr Kommandant! Mir ist soeben mitgeteilt worden, daß ich während der Nacht in Eisen gelegt werden soll. Ich würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie mir mitteilen wollten, welches Verbrechen ich mich schuldig gemacht habe. Seitdem ich hier bin, glaube ich, streng alle Reglements und alle Vorschriften befolgt zu haben. Alles, was man mir befohl, führte ich nach besten Kräften aus. Ich nehme mir also die Freiheit, Sie anzufordern, was ich thun muß, um eine so entsetzliche Strafe zu vermeiden. Genehmigen Sie mir.

P. S. Ich lebe nur aus Pflichtgefühl für meine Frau und meine Kinder; wenn ich sterben muß, so machen Sie es möglichst kurz.

Wer kann die Qualen ermessen, die dieser Mann ausgestanden haben mag!

Nachrichten aus Magdeburg.

— Ueber die Massenarbeitsperrung der dänischen Arbeiter berichten hiesige Blätter: Die Direction der Fachverbände nahm am Donnerstag den von den Arbeitgebern ausgehenden Vergleichsentscheid mit wenigen unbedeutenden Abänderungen an, so daß Aussticht vorhanden ist, daß die große Arbeitsperrung im Laufach und in der Eisenindustrie bald beendet sein wird. Wir bitten alle diese Nachrichten mit Vorsicht aufzunehmen, bis authentische Mitteilungen seitens der organisierten Arbeiter vorliegen.

— Der Deputierte für Sozialpolitik im Reichstag des Jahres 1897, Dr. Spranger, ist ein Gegner jeglichen Verkehrs mit den Arbeiterorganisationen. Er lehnt jede Eingangsnahme von Vorschlägen der Arbeitervertreter ab. Er steht in den Organisationen der Arbeiter Einrichtungen, durch deren Vermittlung die fortschreitende Jugend bekehrt werden könnte, während zahlreich jetzt Reden, besonders in Süddeutschland, die hohe Bedeutung betonen, welche die Arbeiter selbst sowie die Arbeitervereine durch die Verbindung mit den Arbeiterorganisationen erfahren haben. Spranger in seiner Kammer hat die Arbeit eine Korrektur erfahren durch eine Mitteilung der Berliner Volkszeitung; heute geht es in der gleichen Sache von der bairischen Seite folgendes Schreiben an: „Spranger hat in der Reichstagsversammlung die Meinung geäußert, Herr Dr. Spranger hat in Berlin heute eine Animosität gegenüber den Gewerkschaften, welche ich darauf hinweisen, daß sein Verhalten während seiner Amtszeit als Gewerbe-Inspektor in Magdeburg zu dieser Annahme wohl nicht berechtigt. Ich erinnere mich, daß er gelegentlich des großen Bundeskongresses um die Gründung des Bundeskongresses im Jahre 1891/92 ohne jede von der bairischen Seite gegebene Anregung die Vermittlungsrolle des Bundeskongresses angetrieben hat, um zwischen den kämpfenden Parteien die Vermittlerrolle zu übernehmen. Und auch nach Gründung des Bundes, bei dem die Arbeiter unterlagen, suchte er bei den „Fortschrittlichen“ Unterstützung beim Beschluß, der dahin ging, die Gewerkschaften zu unterstützen, während der Kampf im Interesse ihrer Kollegen ständig gegen die Gewerkschaften, die damals organisiert waren, ein Jahr lang im Stillen nicht gelungen ist, was wohl nicht seine Schuld, sondern lag an dem Unverständnis, die die Arbeiter für den Staat und seine Behörden hatten. Als dann später die Ursachen dieses großen Kampfes seitens der Behörden einige Beachtung fanden, suchte Dr. Spranger ebenfalls wieder Vermittlung, sich an den Vorstand des Bundes zu wenden, um sich über die sanitären und finanziellen Verhältnisse in der Bundesverwaltung zu informieren. Was gab das Gegenstück von dem wäre von Magdeburg zu berichten, was ihm über seine Tätigkeit in Berlin zum Vorwurf gemacht wird: daß bei dem Spranger nach der nicht allzulange Zeit die Verbindung mit den Gewerkschaften der Organisation der Arbeitervertreter zu verhindern. Beschah diese Verbindung?“

— Die Deputierten des Reichstages haben Fragen über magdeburger Arbeitervereine. Seit Jahren ist einer Abtheilung Abgeordneter in Magdeburg ein Antrag zum Antritt gestellt worden. Die Sache kam nur mit dem Tod verzögert. Die Abgeordneten sind für Arbeiter, die Tag und Nacht bei Ström und Ström, Tage und Nächte ihrem eigenen Haus nachgehen müssen, um die Arbeiter zu unterstützen. Die Abgeordneten haben die Hoffnung, daß bei der nächsten Bundestagung auch der obere Bund der Arbeitervereine beauftragt werden. Bei dem Antritt der Bundestagung sollte man sich über die Arbeitervereine an dem Bundestag informieren. Die Abgeordneten sind für Arbeiter, die Tag und Nacht bei Ström und Ström, Tage und Nächte ihrem eigenen Haus nachgehen müssen, um die Arbeiter zu unterstützen. Die Abgeordneten haben die Hoffnung, daß bei der nächsten Bundestagung auch der obere Bund der Arbeitervereine beauftragt werden.

— In der Brauerei Heine müssen ganz eigentümliche Anordnungen getroffen werden. Es wird uns darüber mitgeteilt: Die Arbeiter müssen von morgens 5 Uhr bis abends 9 Uhr 10 Uhr die Brauerei verlassen. Die Brauerei hat 2 Stunden, Montag 1 Stunde und Samstag 1 1/2 Stunden. Der Lohn beträgt 21 Mark pro Woche und höchstens

gibt es 1 Mark mehr. Es kommt vor, daß um 1/12 Uhr noch arbeitslos sind und um 1/3 Uhr wird dann glücklich Mittag gemacht. Abends gibt es nichts mehr zu essen, da ja um 9 Uhr die Kassen schon geschlossen sind. Auch muß jeder einmal in der Woche das frische Bier von vorn nach hinten tragen, was vorn eben so gut stehen würde, wie es hinten steht. Keulich ist ein Bier für den Bier-Hintertragen zu Bett gegangen, weil es vor 1/11 nicht hinten getragen werden darf, da wurde er noch um 12 Uhr aus dem Bett geholt. Die Betten stehen alle im Wohnzimmer. Das Bier muß von Keller hoch und das Wasser in den Keller getragen werden. Der Aufzug bleibt leer stehen. Dann wird auch fast jeden Sonntag noch geschlaucht und nach dem Schlauchen gewöhnlich alle Keller geschwemmt, was jeden Sonnabend nach Feierabend oder am Sonntag Morgen geschehen muß. Könnte die Brauerei Heine, welche eine große Arbeiterkundschaft hat, hier nicht Wandel schaffen? Solche Klagen nehmen sich doch wahrlich nicht sehr gut aus. Und es ist doch ein leichtes, die Klagen abzustellen. Wir fordern dies namens der daselbst beschäftigten Arbeiter.

— Von der ungeheuren Anstrengung und Schwere der von den Fabrikarbeitern zu bewältigenden Arbeit legen folgende zwei Beispiele in hiesigen Blättern bereitetes Zeugnis ab: „Kräftige Sackträger finden sofort Beschäftigung. Stadt, Hafen- und Lagerhausverwaltung Magdeburg-Neustadt. Zu melden Speicher I. — Kräftige Arbeiter gesucht. Einlagerhaus.“ Damit die Arbeiter ihre Kräfte bewahren müssen sie hohen Lohn beziehen, müssen sie kurze Arbeitszeit haben. Ist beides der Fall? Wer gibt uns hierauf die Antwort?

— Von der Mauerung der Sozialdemokraten ist wiederum sehr viel in bürgerlichen Blättern zu lesen. Hier ein Beispiel: „In der That, Glück hat die Sozialdemokratie, trotz der Verleumdung, womit einige ihrer Vorführer das volle Evangelium von der „Revolution“ zum großen Vergnügen aller Reaktionen verstanden und die „Mauerung“ in Uebred stellen oder zu hemmen suchen und damit unbewußt der rechten in die Karte spielen. Aber die „Alten“ werden die Entwicklung nicht aufhalten. Die von den verschiedensten Seiten anerkannte Minderheitsfähigkeit der Sozialdemokratie wird ihre Wirkungen auf die Sozialdemokratie wie auf die übrigen Parteien üben; sie ist ein Zeichen der inneren Wandlung, die sich im Laufe der Zeit innerhalb der „Unsturzpartei“ vollzogen hat. Mehr und mehr, wo es auf praktische Politik ankommt, rollt die Sozialdemokratie ihr sozialistisches Banner zusammen und bleibt nichts als eine bürgerliche Demokratie, kann demokratischer, als es in England auch viele Tories sind.“ Sonderbar bleibt nur, daß diese „gemauserte“ Partei vor wie nach mit den brutalsten Mitteln verfolgt und ihre Vertreter verlästert und beschimpft werden. Wenn die Sozialdemokratie nichts weiter sein soll als „eine bürgerliche Demokratie“, weshalb denn die Verfolgungen, weshalb die Sucht nach Ausnahmengesetzen, weshalb denn die Zuchthausvorlage? Gel —

— Wiederum sind eine Anzahl Steuerzahler aus der Wählerliste gestrichen worden, weil sie für 1899 wieder zum Normalsteuersatz von 4 Mark veranlagt, noch im Genuße eines steuerpflichtigen Jahreseinkommens von mehr als 600 Mark stehen sollten. Nach dem Schreiben des Magistrats hießen diese Leute nach den Vorschriften der §§ 5 und 7 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und des § 77 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 auf, zur Teilnahme an den Gemeindevahlen berechtigt, sowie zur Uebernahme unbeförderter Aemter in der Gemeindeverwaltung und zur Gemeindevertretung befähigt zu sein. Die mit diesem Schreiben beplagten Personen versichern uns aber, daß ihr Einkommen das gleiche geblieben ist und sie nicht um Verabsägung des Steuerjahres eingekommen sind. Sonderbar, höchst sonderbar.

— Von einer neuen Berufskrankheit wird der Magdeburger Zeitung aus Braunschweig geschrieben: Unter vielen Arbeitern und Arbeiterinnen in hiesigen Konervenfabriken ist in jüngster Zeit eine seltsame Krankheitserscheinung aufgetreten, die sofortige ärztliche Hilfe erfordert. Die Krankheit äußert sich in schmerzhafter Anschwellung der Hände und Eiterbildung. In allen Fällen müssen zur Entfernung des Eiters Einschnitte gemacht werden, die nicht selten an allen Fingern der Hand erforderlich sind. Die von der Krankheit befallenen Leute sind längere Zeit arbeitsunfähig. Die Krankheit ist in diesem Jahre zum ersten Male und zwar bei der Erbsenernte aufgetreten. — Ob sich ähnliche Krankheitserscheinungen auch in den hiesigen Konervenfabriken bemerkbar gemacht haben, haben wir nicht feststellen können. Vielleicht teilt man uns hierüber näheres mit.

— An Tuberkulose sterben im erwerbsfähigsten Alter von 15 bis 60 Jahren nicht weniger als ein Drittel aller vom Leben Abscheidenden! Das ist eine fürchterliche Zahl. — Diese recht lehrreichen Zahlen entnehmen wir dem Amtlichen, wir fanden sie in der Empfehlung einer Schrift, die sich mit dem Lungenheilstätten beschäftigt. Die Zahlen erschrecken — sie sind dem Amtlichen „fürchterlich“. Wenn aber die Arbeiter ihre Lage verbessern, wenn sie die Löhne erhöhen, die Arbeitszeit verkürzen, wenn sie darnach ringen, daß die Kinderarbeit verboten, die Frauenarbeit eingeschränkt wird, dann ist es gerade der Amtliche, der den Arbeitern einen Krämpel zwischen die Beine wirft und nach Ausnahmengesetzen gegen die Arbeiter ruft — seine Lamentation über die Opfer der Tuberkulose sind also nicht ernst zu nehmen.

— In der letzten stattgefundenen Versammlung der Tischler-Zwangs-Vereinigung wurde in Anregung gebracht, hier am Orte eine Genossenschaft zwecks billiger Einkäufe von Rohmaterialien zu gründen. Begründet wurde dieser Vorschlag damit, daß die Holzpreise von Jahr zu Jahr enorm in die Höhe gegangen, während fertige Arbeiten, namentlich in der Möbelbranche im Preise rapid gesunken seien. Man hätte nicht Lust mehr, sich von den Kapitalisten ausbeutern zu lassen! Der Vorfall fand allseitigen Beifall und soll in nächster Zeit eine Tischlermeisterversammlung zu diesem Zwecke einberufen werden. (Siehe auch Vereinsnachrichten.)

— Der Verbandstag der deutschen Bäckerinnungen Germania, der vom 14. bis 16. August in Magdeburg tagt, wird sich unter anderem auch mit Fragen beschäftigen, die für die Bäckerarbeiter von großem Interesse sind. Es gelangt ein Antrag des Zweigverbandes Norden auf Bildung eines allgemeinen Streikschwebezords zur Verhandlung. Was damit bezweckt wird, behauptet keiner weiteren Erläuterung. Weiter werden die Sonntag- und Festtagsruhe, die Einführung des gesetzlichen Ladenschlusses, sowie der Maximalarbeitsstag und dessen „Schabungen“ im Bäckergewerbe eingehend erörtert und im Anschluß an letzteren auch der Würzburger Bäckerprozeß und die sozialdemokratische Agitation sowie bekämpft werden. Aber auch gegen die Konsumvereine wird mobil gemacht. Es liegen zwei Anträge des Zweigverbandes Sachsen-Anhalt-Thüringen, von denen der eine die gesetzliche Regelung der Verteuerung dieser Vereine nach ihrem vollen Umfang verlangt, während der andere fordert, der Verband solle sich als solcher der Bewegung gegen die Konsum- und Rabatt-Spartenvereine anschließen. Wir werden also den Verhandlungen die größte Aufmerksamkeit zu schenken haben.

— Vor dem Haupte: Eintragsfrage stand Freitag früh 1/7 Uhr der Durchbruch eines Hauptmanns, mit dem Reiterbataillon seinen Herrn erwartend. Um die Ecke bog ein Müllwagen, dessen Geschirrführer in dem Haupte zu thun hatte. Dies mußte auch der Durchbruch des Offiziers sehen, welcher aber ruhig mit seinem Pferde halten blieb. Daher fuhr der Wagen neben dem Pferde vorbei. In diesem Augenblicke kam der Hauptmann hinzu, der hierüber höchst aufgebracht war und mit lauter Stimme seinem Anwillen in ziemlich drastischen Worten Ausdruck verlieh. Der Herr Hauptmann will Anzeige erheben. Wir sind neugierig, ob er sein Vorhaben ausführt; die am Wagen angebrachte Kinn hat der Herr Hauptmann sich merkt. Damit nicht unnötig projiziert wird, giebt der Herr Hauptmann vielleicht gleich die Details an, deren er sich dem Geschirrführer gegenüber bediente. Wir glauben, daß der Geschirrführer bei diesem eher Grund zu einer Klage wegen Verleumdung hat.

— Unfälle. Der Kunster August P. ist von einem Pferde geschlagen worden und hat dabei einen Rippenbruch erlitten. Der Pferdewärter Hermann B. ist in der Wohnung gefallen und hat eine Fraktur erlitten. Beide fanden Aufnahme in der nächsten Krankenstation.

Erhängt hat sich in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch auf seinem Boden der in Sudenburg, Schöningerstraße, wohnende Arbeiter Ernst Pflugmacher. Häuslicher Unfriede soll die Triebfeder zur That gewesen sein.

Die Schafmacher an der Arbeit. Der Vorstand für das Baugewerbe Deutschlands war am Donnerstag in Berlin versammelt. Beschlossen wurde die Errichtung obligatorischer Arbeitsnachweise unter Ausschluß der Arbeiter. Die Baugewerksmeister wollen „Herr im eigenen Hause“ bleiben. Mit den Erlässen des Kaisers, der den Arbeitern die Gleichberechtigung verspricht, steht dieser Beschluß in striktem Widerspruch. Im Anschluß an diesen unparitätischen Arbeitsnachweis werden einheitliche Entlassungsscheine eingeführt, deren Wortlaut vom Vorstande festgesetzt wird. Sodann beschloß die Baugewerksmeister einen Protest gegen die im Reichstag beantragten paritätischen Arbeitsnachweise. Ferner sind die Arbeitgeberverbände von ganz Deutschland zu veranlassen, Resolutionen zu Gunsten des Gesetzesentwurfs zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu fassen und diese dem Reichstag, Bundesrat und dem Reichsanwalt des Innern zu übersenden. Schließlich wurde eine Statistik über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse angeregt und beschloß die Frage der Einführung des Lohnbeurteilungssystems bei Lohnzahlungen näher zu treten. Für die Arbeiter im Baugewerbe sind diese Beschlüsse beachtliche Fingerzeige. Mögen sie zu der Erkenntnis kommen, daß gegenüber der gewaltigen Organisation der Bauunternehmer nicht ein einziger Arbeiter außerhalb der Organisation stehen darf.

Nachrichten aus der Provinz.

Afen. (Von der aufgelösten Versammlung.) Hier war vor einiger Zeit eine Protestversammlung gegen die Buchhändlerverträge abgehalten worden. Auf erhobene Beschwerde ging dem Beschwerdeführer folgender Bescheid zu:
In Ihrer Beschwerde vom 6. d. M. habe ich keinen Anlaß zu einer Rechtsbelehrung des Polizeikommissars Wogit gefunden. Aus dem Bericht des Wogit geht hervor, daß er in Ihrem Vorschlage des Zusammenhaltens in Verbindung mit ihren sonstigen Ausführungen eine Anreizung zu strafbaren Handlungen insofern erblickt, als ein unberechtigter Druck auf die Arbeitgeber und die anderen denkenden Arbeiter ausgeübt werden solle.
Mit Rücksicht auf die bekannt gewordenen Ausschreitungen an anderen Orten und mit Rücksicht darauf, daß die Versammlung zum großen Teil von jungen, unerfahrenen Leuten besucht worden ist, muß ich die Auflösung auf Grund des § 5 des Vereinsgesetzes als gerechtfertigt ansehen.

Die Polizeiverwaltung. Fischer.

Das ist auch eine Begründung.

Erfurt. (Im Steinbruch gestötet.) Während am Montag vor-mittag einige Einwohner aus Rhoda in einem nach Wöbbsburg zu belegenden Steinbruche frühstückten, löste sich plötzlich ein großer Stein und traf den hochbetagten Landwirt Rudolf Weher dergestalt auf den Kopf, daß sofort der Tod eintrat.

Gerbstedt. (Kindesleiche gefunden.) Mittwoch wurde auf einem Schuttabladepflege an der Bellerer Chaussee die Leiche eines neugeborenen Kindes aufgefunden. Das Kind hat nach der Geburt gelebt und ist durch Einschlagen des Schädels getötet worden. Es wird vermutet, daß die „unnatürliche“ Mutter eine Sachfängergängerin ist. Eine Sachfängergängerin; wohl möglich. Diese Kindesmörderin ist eine gleich so „unnatürliche“ Mutter, wie die Damen aus „besseren“ Ständen, die gegen einmalige Entschädigung die Früchte ihrer Liebe an Engelmacherinnen abgeben.

Schwaneberg. (Die Treppe hinabgestürzt.) Ein bei einem hiesigen Fleischermeister beschäftigter Geselle stürzte Mittwoch abend so unglücklich die Treppe hinab, daß er einen Schädelbruch erlitt und nach wenigen Stunden verstarb.

Worbis. (Ein vernünftiger Beschluß.) In der letzten Stadtverordnetenversammlung stand ein zur neuen Begräbnisordnung gestellter Antrag des Stadtv. Waldmann, der dahin ging, Selbstmörder, denen ein kirchliches Begräbnis versagt wird, auf einem abge-sonderten Platze zu begraben, zur Beratung an. Bürgermeister Büchner empfahl, den Antrag, der einen Rückschritt bedeutete, abzulehnen, was auch vernünftigerweise geschah.

Sozialreform im Eisenbahnbetrieb. Auf eine recht sonderbare Bekanntmachung der Eisenbahndirektion Halle stoßen wir in einem dortigen Blatte:

Nachdem neuerdings auch in Halle und Rottbus der Dienst für das Rangierpersonal auf 12 Stunden ausgebeht worden ist, setzen wir voraus, daß diese Anordnung nunmehr für sämtliche Bahnhöfe, auf denen bisher ein achtstündiger Rangierdienst eingerichtet war, durchgeführt ist. Sollten trotzdem noch Abweichungen bestehen, so sind diese sogleich zu beseitigen oder etwaige Hindernisse einzuberichten. Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß eine demnächst etwa für notwendig zu erachtende Verkürzung der Dienstdauer nur im Rahmen der vorgeesehenen Kopfzahl und nur nach diesseitiger vorheriger Genehmigung geschehen darf.

Daß die Direktion eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Bahnbediensteten schafft, anstatt an eine Verbesserung zu denken, das illustriert recht deutlich den gegenwärtigen Stand unserer Sozialreform. Wie wird sich das Rangierpersonal freuen, wenn es angesichts dieser „Reform“ sich an den Entschaid des Oberverwaltungsgerichts erinnert, daß jeder Beamte verpflichtet ist, der Sozialdemokratie mit allen Kräften zu begegnen. Diese Verfügung wird von den Arbeitern richtig verstanden werden.

Lies auch den besondern Artikel über die Dienstzeit im Direktionsbezirk Magdeburg.

Unterbeamten, Arbeiter! Kein bürgerliches Blatt hat sich bis heute Eurer Lage angenommen. Vergesst dies nicht.

Nachrichten aus dem Reiche.

Berlin. (Kindesmord.) Wegen Verdachts des Kindesmordes ist die Arbeiterin Stage ins Untersuchungsgefängnis zu Moabit eingeliefert worden. Diese hatte, obwohl eine verheiratete Frau, als Dienstmagd eine Stelle beim Bauern Barthel zu Falkenhagen (Kreis Ostbavelland) angenommen; ihrem Ehemann, der in Rathenow wohnt, ist sie davongelaufen. Im vorigen Monat brachte sie ein uneheliches Kind zur Welt, das 10 Tage später unter verdächtigen Umständen starb; die Leiche wurde beschlagnahmt. Die verdächtige Frau hat schon mal unter der Anklage des Gattenmordversuchs gestanden.

Berlin. (Selbstmord.) Der Buchhändler Friedrich hat sich heute wegen bedauernder Verluste erschossen. Alles Vorzeichen nahender Krisen.

Berlin. (Hitzschlag.) Infolge der Hitze erkrankte am Mittwoch in einem Straßenbahnwagen am Karlsplatz die Erblinderin Rosa Wevin. In eine Anstalt gebracht, starb sie bald nach der Aufnahme.

Koswig. (Ertrunken.) Ein Gefangener der Strafanstalt hatte auf einem Kahn Pumpsarbeiten zu verrichten und stürzte dabei in die Elbe. Ehe Hilfe kam, war er ertrunken.

Marienwerder. (Wieder freigelassen.) Wie sich herausgestellt hat, ist der hier verhaftete Rogozinski doch nicht identisch mit dem seit 1886 stückweise verfolgten Stelmacher Franz Rogozinski aus Czarnikow, obwohl die äußeren Erkennungszeichen mit den in dem Steckbrief gegen R. angegebenen übereinstimmen. R. ist vom Landgericht Thorn wieder auf freien Fuß gesetzt worden und hat auf seiner früheren Arbeitsstelle in der Nähe unserer Stadt die Arbeit wieder aufgenommen. Und wer entschädigt den Arbeiter für die ungeschuldigt erlittene Untersuchungsfrist?

Ottleben. (Einen Polizeibeamten schwer verletzt.) In der Nacht zum Donnerstag wurde der Polizeibeamte Braun von dem Arbeiter Behrens durch einen Stich in den Unterleib und die rechte Hand schwer verletzt. In seinem Aufkommen wird gezwweifelt. Der Messerheld ist verhaftet worden.

Westfalen. (Unterstützung.) Der Kaiser hat eine Summe von 20 000 Mark aus seiner Privatkassette als Beihilfe zu den etwa 40 000 Mark betragenden Kosten für die Erbauung des Bergfriedes im Schlosse Burg (Westfalen) überwiesen.

Kleine Chronik.

Eine achtzehnjährige Bäuerin, welche in Kiew als Kinderwärterin diente, erwürgte zwei Kinder ihrer Herrschaft, Knaben im Alter von sieben und vier Jahren. Die Mörderin wurde innerhalb einiger Tage vollbracht. Als der plötzliche Tod der bis dahin gesunden Kinder Verdacht erregte, wurde eine Untersuchung eingeleitet, bei welcher

die Mörderin ein Geständnis ablegte. Man nimmt an, daß die Mörderin geistesgestört ist.

Drei Soldaten des 2. Jäger-Regiments in Mons verließen vor einigen Tagen die Kaserne und ertränkten sich zusammen in einem Kanal. Ueber den Anlaß zu dem dreifachen Selbstmorde ist eine Untersuchung eingeleitet.

Der Blitz schlug am Montag in Ruigecorda bei Perpignan während die Arbeiter der Manufaktur Michel Patou ihr Mittagmahl einnahmen, in den Schornstein der Fabrik und drang in den Kessel, wo er ein Herausdringen des Dampfes und lodenden Wassers verursachte. Drei Kinder und ein Arbeiter wurden von dem lodenden Wasser getroffen und schwer verletzt. Der Arbeiter starb noch auf dem Wege in das Spital, während der Zustand der drei Kinder hoffnungslos ist.

Zufolge Schenwerdens der Pferde fiel Mittwoch früh der von Bad Schimberg nach der Bahnstation Entlebuch (Ranton Luzern) fahrende Postwagen in den Straßengraben. Ein Herr rettete sich durch Abpringen, während vier weibliche Insassen des Wagens, darunter zwei deutsche Damen, ziemlich ernstlich verletzt wurden.

Berline, Versammlungen, Vergnügen.

Am vergangenen Montag fand in Kortes Bierhalle eine Generalversammlung der **Tischler-Zwangsgewerkschaft** statt. Die Begrüßung der neuen Mitglieder erfolgte durch Herrn Obermeister Fischer. Er führte aus, daß die neuen Mitglieder wohl teilweise der Innung keine Sympathie entgegen brächten, hoffte aber, daß mit der Zeit auch diese Mitglieder die Notwendigkeit des engen Zusammenhanges aller Handwerksmeister einsehen würden. Recht lebhaft debattierten, die oft durch Schlußrufe unterbrochen wurden, spielten sich zwischen den erschienenen Gesellenauschussmitgliedern und den Vertretern der Innung ab. Der Antrag des Gesellenauschusses, den Innungs-Arbeitsnachweis zu Gunsten des Gewerkschafts-Nachweises fallen zu lassen wurde gegen vier Stimmen (ausschließlich der vier Stimmen des Gesellenauschusses) abgelehnt. Ebenfalls wurde der Antrag der Gesellen, das Innungs-Schiedsgericht zu Gunsten des allgemeinen Gewerbegerichts nicht ins Leben zu rufen gegen zwei Stimmen (ausschließlich des Gesellenauschusses) abgelehnt. Die Debatte über diese beiden Punkte waren teilweise recht heftig und vertrat der Gesellenauschuss seinen Standpunkt in trefflicher Weise, was selbst die Meister anerkennen mußten, aber behaupteten, von den „altbewährten“ Einrichtungen der Innung nicht ablassen zu können. Die Wahl des Lehrlingsauschusses vollzog sich glatt; und wurde hierbei der Wunsch geäußert, daß die gewählten Herren Meister ihr Amt recht ernst nehmen möchten, damit auch bisher bestehende Mißstände im Lehrlingswesen beseitigt würden.

Sonntags, den 29. Juli tagte in Richards Gartensaal eine **aufserordentliche Generalversammlung der Tapezierer- und Dekorateur-Zwangsgewerkschaft**; für alle bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen, behufs Wahl zum Gesellenauschuss. Es wurden nur organisierte Mitglieder gewählt. Gewählt wurden die Kollegen Garz, Thormann, Ritzendorf, Spandau, Döring und Zwanziger. Am Montag, den 31. Juli fand im selben Lokal die Innungsversammlung statt, welche ziemlich stürmisch verlief. Der Gesellenauschuss kam hier zum ersten Male ins Feuer. Kollegen, nun ist es unsere Pflicht, Mann für Mann hinter dem Gesellenauschuss zu stehen, denn es wird manch heißer Tag für denselben kommen. Aber je größer die Organisation, desto freundlicher die Arbeit. Also alle in die Organisation. Siehe auch Vereinskalender.

Neue Neustädter Arbeiter-Gesangsverein. Fest-Komiteefestigung Sonntag früh Punkt 8 Uhr in Fr. Kellers Restaurant. Daselbst um 9 Uhr Abmarsch zur Bundesprobe.

Legte Nachrichten.

Berlin Einigungsverhandlungen in Sachen des Steuermehrertrags sind von der Lohnkommission angebahnt worden.

Halle. Der Bauarbeiterstreik dauert fort. Im Gegensatz zu den Mauern beschloßen die Bauarbeiter im Ausstand zu verharren, da ihre Forderungen seitens der Meister nicht bewilligt wurden.

Saag. Der Streik der Maschinisten und Geizer auf den Rheinschleppschiffen in Holland ist nach nur vierstägiger Dauer beendet worden. Die Arbeiter errangen einen vollständigen Sieg.

Planen i. B. Fast sämtliche Oenfecher haben die Arbeit eingestellt. Ursache: Die Arbeitszeit haben einen Arbeitsnachweis gegründet, der unter alleiniger Führung der Meister kommen soll. Die Gesellen haben den Nachweis einstimmig abgelehnt.

Wickensfeld. Der Maurerstreik dauert un-ändert fort.

Schulanzüge

in großer Auswahl und außerordentlich preiswert.

Kaufhaus Sudenburg

30c Breiteweg 30c.

2146

Rich. Neumann, Buchan.

Sch empfehle:

2144

Leichte Macco-Normalhemden zu 0.40, 1.20, 1.65, 2.00 Mf.
Leichte Unterbeinkleider, Stück 0.90, 1.25, 1.65 Mf.
Sporthemden in großer Wahl von 1.25—2.75 Mf.
Sportserviteurs Stück 65 Pf., Sportgürtel von 0.20—1.25 Mf.
Radfahrersweater, ermäßigte Preise, Stück 1.35, 2.00, 3.00, 3.35 Mf.
Radfahrer-Velvetmützen jetzt nur 95 Pf.
Radfahrerstrümpfe 1.35 Mf.
Touristenstrümpfe Paar 15, 20, 25, 30 Pf., Chemisets 55 u. 70 Pf.
Glatte und gestickte Serviteurs in unbegrenzter Wahl.
Kaltleinene blaue Kittel und Hosen à 1.75, bewährte gute Qualität.

Ferner:

Vorgezeichnete und bestickte Picknickdosen von 42 Pf. an.
Damenkorsetts, haltbar u. gut sitzend, St. 0.65, 0.90, 1.25, 1.50, 1.75.
Gold- und farbige Damengürtel zu 0.38, 0.60, 0.90, 1.25 Mf.
Tellerkindermützen in weiß, blau, rot, von 38 Pf. bis 1.25 Mf.
Schleier in weiß und farbig, Nr. 24, 30, 36, 40, 50, 65 Pf.
Damenhandschuhe, alle Kleiderfarben, 25 Pf. das Paar.

Größe, reellste und billigste Bezugsquelle am Platze.

An unsere Abonnenten

welche uns den Roman „In Reih und Glied“, sowie die „Neue Welt“ zum Einbinden übergeben haben, richten wir das Ersuchen, für baldige Abholung dieser Sachen zu sorgen.
Expedition und Buchhandlung Volksstimme.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Den Beweis

eigene Fabrikation

noch mehr bietet als vorteilhafter Einkauf

1948

Spezialmarken:

Schöne Leistung Nr. 1 per 100 Stück 6 Mark.
" " " 2 " " " 5 "
" " " 3 " " " 4 "
" " " 4 " " " 3 "

Diese Marken zeichnen sich durch ihre vorteilhaftesten Mischungen in Qualitäten und guten Brand aus.

Paul Müller, Cigarrenfabrik
Magdeburg-Neustadt, Breiteweg 15.

Volks-Versammlung im Luisenpark

am Montag, den 7. d. Mts., abends 8 Uhr.

Tages-Ordnung:

Die Aussperrung der Arbeiter in Dänemark. Referent: M. Olsen, Mitglied des Stadtrats in Kopenhagen
Der Einberufer.

Deutscher Metallarbeiter-Verein

Verwaltung Magdeburg.

Versammlungen finden statt:

Sonnabend, den 5. August, abends 8 1/2 Uhr:
Bezirk Magdeburg mit Friedrichstadt und Werder im Dreikaiserbund, Große Storchstraße 7.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Otto Hof.

Bezirk Buckau im Thalia-Saal, Dorotheenstraße 14.
Tages-Ordnung: 1. Die Aufgaben der Gewerkschafts-Organisation in der Bewegung für den Achtstundentag. Referent: Ferdinand Bender.

Bezirk Neue Neustadt im Weißen Hirsch, Friedrichsplatz 2.
Tages-Ordnung: 1. Das Recht auf Arbeit. Referent: Wilhelm Haupt.

Bezirk Alte Neustadt im Lokale von Albert Wolfskämpf, Weinbergstraße 27.
Tages-Ordnung: 1. Die allgemeine Arbeitslosigkeit, ihre Ursachen, Folgen und endgültige Beseitigung. Referent: Rudolf Risse.

Branche der Installateure in der Burghalle, Tischlerkrugstr.
Tages-Ordnung: 1. Die Bestrebungen der Arbeiter nach kürzerer Arbeitszeit, deren Ursachen und Wirkungen. Referent: Richard Ritsch.

Sonntag, den 6. August, nachm. 4 Uhr:

Bezirk Fernersleben im Lokale der Witwe Lauth zu Fernersleben.

Tages-Ordnung: 1. Die Entwicklung der Technik und ihre Wirkung auf die allgemeine Lage der Arbeiter.

In allen oben angekündigten Versammlungen wird über Verbandsangelegenheiten und Verchiedenes verhandelt werden.

Eine rege Agitation für den Besuch dieser Versammlungen und für den Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verein ist notwendig. Was den dänischen Klassenbrüdern jetzt geboten wird, muß einen jeden Kollegen an seine Pflicht: Arbeit für die Organisation, erinnern.

Große öffentliche

Wöttcher = Versammlung

am Sonnabend, den 5. August
im Saale des Herrn Brautisch, Fahlchörsberg 9.

Tages-Ordnung:

Unsere Lohnbewegung.

Einflussreiches Erscheinen notwendig. Die Schutzkommission.

Aufruf.

An die Bundesmitglieder des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität“ richten wir die dringende Bitte, am Sonntag, den 6. August in Aken im „Elbhafen“ teilzunehmen.

Bundes-Konferenz

zahlreich teilzunehmen. Die Abfahrt erfolgt Sonntag früh 6 Uhr vom Endbahnhof „Friedrichsplatz“, Leipzigerstraße, nach Aken.

Der Vorstand des Arbeiterradfahrerklub „Stern“.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Auskunftsbüro

Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.

Telefon-Nr. 1499.

Öffnungszeiten: Sonntags 9-1 Uhr, nachmittags 3 1/2-7 1/2 Uhr.

Unentgeltliche Arbeitsvermittlung für Arbeiterinnen und Arbeiterinnen bedürftiger Geschlechter, sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Armut, Invalidität, Alters- und Invaliden-Versicherung, Privatversicherungen, Altersvorsorge, Krankenkassen, Schulung und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Gesucht werden:

Schneide, Schuhmacher, Sattler, Tischler, Schneider, Schlosser, Schlosser auf dem Lande und im Kleinhandel für sofort.

Städt. Arbeitsnachweisstelle

unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5

Öffnungszeiten: Morgens 7-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.

Telefon-Nr. 2150-2155.

Es werden gesucht:

Männliche Arbeiter:

Handwerker, Handarbeiter, Arbeiterinnen, Tischler und Kleinhändler, Arbeiterinnen, Arbeiterinnen aller Art.

Weibliche Arbeiter:

Arbeiterinnen, Arbeiterinnen aller Art und Arbeiterinnen für Hausarbeit und gewerbliche Arbeiterinnen.

Gustav Hoffmeister

Magdeburg Leder-Handlung Wilhelmstadt
Prälatenstraße 21
Telefon-Nr. 44

Leder-Ausschnitt

zu billiger Preisgebung, sowie sämtliche Schuhmacher-Artikel, diverse Sorten Leder u. farbige Schuhe, Cremes, Schuhbänder, Lederwaren etc. und sehr viel bei Bedarf bestens empfohlen.

Schönebeckerstr. 108 Buckau

Neuwestrasse 5

Stroh Hüte, Filz- und Cylinder Hüte

zu den billigsten Preisen.

Krawatten jeder Art.

Handschuhe, Wäsche, Schirme.

Regenschirme in grosser Auswahl.

Bernhard Döschner

Neuwestrasse 5.

Buckau

Schönebeckerstr. 108.

Wirtschafts-Bazar, Sudenburg

117 Breiteweg 117

Sämtliche Haus- und Küchengeräte

zu spottbilligen Preisen.
Bitte auf meine drei Schaufenster zu achten.

Leder-Ausschnitt

in großer Auswahl

Anfertigung aller Schäfte und Reparaturen

zu reellsten und billigsten Preisen empfiehlt

H. Blancke, Magdeburg-Neustadt, Leopoldstr. 78.

Schützenplatz. Rotehorn.

Zum diesjährigen Schützenfeste halte meine bekannten

hochfeinen Saucischen

und
Jauerschen Würste

in dem Restaurations- und Kaffeezelt des Herrn F. Bollmann, sowie in eigenen Buden in der Nähe des Wachtzeltes und von Robert Günthers Restaurations-Zelt bestens empfohlen.

2133

Wwe. Keppler.

Rotehorn.

Rein diesjähriger Stand:

Zweite Reihe.

Aal-Ausspielen.

A. Tonn.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

Hugo Nehab

Spezialhaus

für

Gummiwaren

Wachs

Linoleum

Magdeburg

Johannisbergstr. 2.

Angelgeräte!

Angelruten 15, 50 Stk., 3 Stk. 75 Stk., 4 Stk. 1 Stk. Angelrute, 3 Stk. 1,50 Stk., 4 Stk. 2 Stk. Schwimmer 10 Stk. Angelhaken 100 Stk. 35 Stk., mit Verhäng 3 Stk. 10 Stk. Angelhaken in Holz und Eisen, verschiedenartig. Gedruckt 1 Stk., alle Sorten Blei, Köcher Fischweitzung 1 Stk., mit Größel.

Rud. Bräuning, Magd. Buckau
Schönebeckerstr. 21, Friedrichsplatz der Straße.
Auf eine volle Hand geht 3 1/2 Nachm. im Fern.

Canarien = Weibchen keine fortwährend.

2114 Tischler, Anst. 25.

Hofjäger Burg.

1752 Sonntag:

Tanz.

Ergebnis ladet ein

H. Lorenz.

96. Pfand-Versteigerung.

Mittwoch, den 9. August
d. J., von nachmittags 2 Uhr an, sollen

Franziskanerstr. 3a
alle die vom

16. September bis Ende
Oktober 1898

verkauften und erneuerten, von
Nr. 29233 bis 32520

verzeichneten, bis dahin nicht
eingelöst oder erneuerten,
mithin verfallenen Pfänder,
durch den Gerichtsvollzieher
Herrn Ebeling öffentlich
meistbietend versteigert
werden.

Privat-Pfandhaus

M. Korn.

1997
Erneuerungen werden nur
bis Mittwoch mittag 12 Uhr
angenommen.

Reelle Schuhwaren

zu billigen Preisen in großer Auswahl.
Wilh. Brandt, Schönebeckerstr. 27.

Schuhwaren!

Billig! Billig! Billig!

Herrn- und Knaben-Stiefel, Schafstiefel, Schnür- und Halbschuhe, Damen- und Kinder-Stiefel, Knöpf-, Schnür-, Halb- und Strandschuhe, Socken, Pantoffeln. Auch einen gr. Posten hochleganter Schuhwaren aus der Grunefischen Konkursmasse stammend.

Nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.

* Schuhmacher-Handwerkzeug nebst Leisten billig zu verk. Budau, Martinstr. 9, 1 Et. r.

* Beder's Weltgeschichte, 12 Bände, bill. zu verkaufen Hohepfortstr. 40 a, Hof, 2 Et.

Frisch-Schweinefleisch
alle Sorten Wurst, Schinken u. Speck

ff. Nothenfelder Margarine
sowie jeden Sonnabend u. Sonntag:
Warme
Knoblauchwurst und
Pökelfleisch

empfehlen 2105

E. Glaser, Zimmermannstr. 10.
Küchensettel des Lehrerehen- und Damenheim,
Breiteweg 82, 1 Et.

Sonnabend: Bräusuppe mit Blumentohl, Rindfleisch, Rosinenauce, Salzartoffeln.

Küchensettel der Magdeburger Volkshäuser
Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61

Sonnabend: Reisuppe mit Rindfleisch.

Große und Kinder-Vollstückenmarken sind für Vereine und Gesellschaften zur reellsten Unterstützung für Kostende von 12-2 Uhr in den Volkshäusern: Hauptwache 5, Neustadt, Schmidtstraße 61 zu haben.

Buntpapier!

Tüchtiger Maschinenfärber zum sofortigen Eintritt gesucht. Offerten unter La. 302 an die Exped. d. Btg. 2142

* Tüchtiges Mädchen von 15-16 Jahren sof. gesucht. Meier, Neuhaldenslebenstr. 25.

Inserate

sowie
Abonnements
auf die
Volksstimme

nimmt entgegen
Carl Göcke

Kolporteur
Groß-Otterleben?

Hochpart. Hofwohnung, 2 Zim., Küche und Zub., für 76 Thlr. zum 1. Oktober. Sternstr. 17. Näh. b. Hausw. 618

* Gartenstraße 7, 2 Et. v. L. freundl. Logie zu vermieten. Linde.

Neustädterstraße 14 ist e. f. d. l. Stube mit Kochvorricht. f. 72 M. a. einz. Frau z. verm.

Viktoria-Theater.
Sonnabend, den 5. August 1899:
Eifersucht.
Lustspiel in 3 Akten von Alexander Bisson.
deutsch von Schönan.

* Walter Koller zum 5. Geburtstag ein donnerndes Hoch. G. B. L. S. R.
* Dem Vogenbruder W. Koller zu 5. Geburtstag ein dreimal donnerndes Hoch! C. D. u. F.

Warum sind in Dänemark 40 000 Arbeiter aller Branchen ausgesperrt?

Diese Frage beantwortet Montag abend im Luisenpark

das Mitglied des dänischen Reichstags, Stadtrat von Kopenhagen und Sekretär der vereinigten Gewerkschaften Dänemarks M. Olsen.

Zur Krise im französischen Sozialismus.

Die französischen Sozialisten sind gegenwärtig auf das lebhafteste in Anspruch genommen durch eine Diskussion über eine Frage der Taktik. Die Frage, ob es prinzipiell richtig und klug war, daß Millerand in das Ministerium Waldeck-Rousseau-Gallifet eintrat, wird verallgemeinert zu der Frage, ob es überhaupt zulässig sei, daß Sozialdemokraten in ein bürgerliches Ministerium treten. Wir sind mit der Wiener Arbeiter-Zeitung vollkommen darin einverstanden, daß sich eine solche Frage prinzipiell und absolut nicht entscheiden lasse, daß es uns aber, so weit man auswärtige Verhältnisse beurteilen kann, als politischer Fehler erscheint, daß sich Millerand zum Eintritt in dieses Ministerium, das überdies durch den verhassten Namen Gallifet gebrandmarkt ist, verleiten ließ. Jaurès und die wesentlichen gewerkschaftliche Fraktion der Allemanisten sind anderer Ansicht und erklären sich solidarisch mit Millerand und, wie wir gestern schrieben, auch weite Kreise der Arbeiter, während Marxisten und Blanquisten, Guesde und Baillant, bekanntlich nicht nur Millerand scharf verurteilten, sondern überdies den lebhaften und erfolgreichen Feldzug, den Jaurès für die Revision führte, bitter tadelten. Wir haben schon berichtet, daß aus der Masse der Arbeiterschaft aller sozialistischen Fraktionen heraus täglich Proteste gegen diese Haltung von Guesde und Baillant kommen, und daß es scheint, die organisierte Arbeiterschaft stehe in ihrer Mehrheit auf Seite Jaurès und sei auch geneigt, den mehr als opportunistischen Schritt Millerands zu billigen.

Die Entscheidung über diese Fragen wird der allgemeine Sozialistenkongress bringen, der im September zusammentreten und hoffentlich auch die einheitliche Organisation der französischen Sozialdemokratie begründen wird.

Die parlamentarische Vertretung der Partei, die sozialistische Kammergruppe, hat unseres Erachtens völlig das Richtige getroffen, indem sie erklärte, daß Millerand nur als Person gehandelt habe, als er das Portefeuille aus den Händen Waldeck-Rousseaus annahm, und indem sie jede Verantwortung dafür ablehnte. Das Regieren ist heutzutage ein schmutziges Geschäft, und die elementarste Klugheit widerrät es, die Last und die Verantwortung dafür auf sich zu nehmen, ohne auch nur einen der Vorteile, den bürgerliche Parteien daraus ziehen, in Anspruch nehmen zu können. Wahr ist, daß die Arbeiter dem Handelsminister Millerand bereits bisher eine ganze Reihe wertvoller, wenn auch nicht sehr einschneidender Maßregeln zu danken haben. Aber das hätte irgend ein „Radical Socialiste“, zu deutsch etwa „Sozialpolitiker“, auch besorgen können, ohne die Partei mit der Kollegenchaft eines Gallifet zu kompromittieren.

Diese für die Entwicklung des französischen Sozialismus sehr wichtige prinzipielle Frage interessiert natürlich die bürgerliche Presse gar nicht, hingegen stürzt sie sich mit Eifer auf alles, was für oder wider Drejus ausgeschlachtet werden kann. Die Pariser Generalstabspresse bejubelt plötzlich Guesde

und Baillant, die Drumont und Rochefort bisher als den Gipfel der Vaterlandslosigkeit, wenn nicht des Landesverrats darstellten. Noch toller treiben sie es mit unserem Liebknecht. Vor etwa einer Woche spie Rochefort seinen Geißel gegen ihn, log, ihm seien die fünf Milliarden Kriegsschädigung zu wenig gewesen, und wußten Millerand keinen größeren Schimpf anzuthun, als zu sagen, er sei Liebknechts Freund. Inzwischen hat Liebknecht (und nach ihm fast noch entschiedener Paul Singer) zu der taktischen Frage Stellung genommen, und zwar in dem Sinne, daß sie Millerands Verhalten prinzipiell unzulässig erklären. Liebknecht hält es sogar für einen Fehler, daß sich die Partei so energisch für die Revision engagiert, und meint, wenn die Campagne den Militarismus und Jesuitismus vernichten wollte, so habe sie ihren Zweck entschieden verfehlt, denn der Name Gallifet sei die schlimmste Verkörperung des Militarismus, die es giebt. Dieser theoretischen Erörterung gegenüber bekommen die Generalstabler wieder diverse Krämpfe. Für Rochefort ist Liebknecht plötzlich eine Autorität geworden; er jubelt: „Millerand und Jaurès gebrandmarkt durch Liebknecht!“ Drumont wieder entdeckt, daß Liebknecht den Militarismus verabscheut, ergo die Armee, ergo seien seine französischen Freunde Landesverräter.

Diese bürgerlichen Zeitungsschreiber haben von den Dingen natürlich keine Ahnung, für sie existiert gegenwärtig nichts als Drejus, und die Affaire hat sie komplett verrückt gemacht. Daß Liebknecht der Vertrauensmann beider streitenden Teile ist, daß Jaurès wie Guesde sein Urteil achtungsvoll anhören, obwohl es eigentlich von beiden abweicht, dafür haben diese Leute kein Verständnis.

Man wird aber in der That froh sein dürfen, wenn die Drejus-Sache endlich erledigt sein wird. Gewiß kann es nichts Geringes sein, das ein ganzes Land so in Atem hält und alle Leidenschaften wachruft, und es war nach unserer Meinung durchaus unmöglich, daß die französischen Sozialisten teilnahmslos beiseite stehen und in erhabener Objektivität abwarten, daß die Schande des Militarismus zum Himmel stinke. Aber es wird eine Wohlthat sein, wenn wieder die Dinge ihr wahres Gewicht bekommen und die Zeit der vielleicht notwendigen jedenfalls aber unnatürlichen Kampfgenossenschaften vorbei ist.

Hoffen wir, daß der französische Sozialismus gestärkt und geeinigt aus der Krise hervorgehe.

Aus der Parteibewegung.

Ein Parteitag der Sozialdemokraten Thüringens fand am 29. und 30. Juli in Iversgehofen bei Erfurt statt. Anwesend waren 42 Delegierte aus 29 Orten. Aus dem Bericht der Preßkommission für die Tribüne war zu ersehen, daß im letzten Jahre das Strafregister der Redakteure und Expedienten auf zusammen 650 Mark Geldstrafe und 15 Monate Gefängnis angewachsen ist. Zu dem vom Genossen Kesseling-Erfurt gehaltenen Vortrage über: „Opportu-

nismus oder Klassenkampf“, zu welchem in der Debatte die Genossen Reikhaus, Baudert, Leutert, Fischer und May sprachen, nahm der Parteitag einstimmig folgende Resolution an:

Weder die gegenwärtigen politischen, noch die wirtschaftlichen Verhältnisse geben der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Sozialdemokratie Veranlassung zu irgend welcher Aenderung ihrer Taktik. Der Parteitag verwirft ferner die Bernsteinschen Vorschläge, als weder den tatsächlichen Verhältnissen entsprechend noch innerhalb des Klassenkampfes des Proletariats liegend.

Nach weiterem lebhaften Meinungsaustausch über die geschäftlichen Angelegenheiten, sowie die Agitation, wurde beschlossen: a) Die Agitationskommission für Thüringen besteht nur aus drei Personen mit dem Recht der Reoption und hat ihren Sitz in Erfurt. b) In Gemeinschaft mit den in Frage kommenden Wahlkreisen zum Herbst einen Agitationskalender herauszugeben.

Sozialdemokratische Petöfi-Feier. Die herrschende Klasse Ungarns trübt wieder einmal von freihetlichen Phrasen: sie heuchelt Pietät für Alexander Petöfi, der mit Feiery und Schwert für die Völkerfreiheit kämpfte. Am 31. Juli 1849 fand Petöfi in der Schlacht bei Schäßburg den Heldentod, und nun feiert die ungarische „Nation“, das ist der Hause Besizer und darum politisch Bevorrechteter, sein Andenken mit einem erklecklichen Aufwand widerlicher Verlogenheit. Dieselben Leute, die alles verraten haben und täglich aufs neue verraten, wofür Alexander Petöfi gekämpft, die alles mit Füßen treten, wofür er in edler Begeisterung erglühte, die das von Petöfi so sehr geliebte Volk nach wie vor in völliger Rechtlosigkeit erhalten und es drangsalierten wie nur je zuvor — sie bekränzen in Schäßburg und Budapest die Petöfi-Denkmalen unter bombastischen Phrasen von Freiheits- und Vaterlandsliebe! Dieser widerlichen Komödie steht das klassenbewusste arbeitende Volk fern. Es zählt mit Recht den unsterblichen Freiheitskämpfer zu den Seinen und hat in Budapest seine eigene Petöfi-Feier abgehalten. Am 30. Juli, nachmittags um 2 Uhr zogen die einzelnen Organisationen, darunter viele mit weißen rotgeränderten Fahnen, nach dem Plage hinter dem Nationalmuseum, wo sich der Zug rangierte und um 3 Uhr vor das an der Donau befindliche Petöfi-Monument marschierte. Die Zahl der Teilnehmer betrug etwa 12000. Zur „Feier des Tages“ hatte die Staatsanwaltschaft die gestrige Nummer der Nepszava konfisziert — Citate aus Petöfis Gedichten waren dem Blaustift zum Opfer gefallen! Und nun trugen tausende von Demonstranten an Stöcken und Regenschirmen eine Extra-Ausgabe der Nepszava, auf deren weißer Fläche nur die Worte zu lesen waren: Alexander Petöfi — konfisziert! „Es lebe die Pressefreiheit!“ ... Ein schönes Seitenstück zu dem Geschwefel bei der vormittägigen Petöfi-Feier der besitzenden Klasse und ihres sauberen Nachwuchses, der Studentenschaft! Vor dem Petöfi-Monument angelangt, nahm die Menge um die dort errichtete Rednertribüne Aufstellung; mehrere Genossen hielten der Feier angemessene Ansprachen, in denen betont wurde, daß jene Pharisäer, die heute Petöfi „feiern“, dabei aber seine Werke konfiszieren, der

Feuilleton.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(56. Fortsetzung.)

Helene sank in die weichen Polster eines Divans und verhüllte die Augen.

Sie blickte erst wieder auf, als das geräuschvolle Atmen eines Schlafenden ihr Ohr berührte, und bemerkte die kleine Gestalt ihres Schwagers Luffi, der in dem tiefen Sessel fast ganz verschwand. Sein Kopf war gegen die Brust herabgesunken, er schlief fest.

Woll Teilnahme blickte sie auf das abgespannte, übermüdete Antlitz, auf diesen zarten Körper, zu dem die großen starkausgebildeten Hände nicht paßten.

Er arbeitete viel, körperlich und geistig den ganzen Tag hindurch, er mußte so arbeiten, um das aufzubringen, was der immer luxuriöser geführte Haushalt verschlang. Aber der Frohndienst setzte sich bei ihm auch des nachts fort, bis er erschöpft zusammenbrach.

Die Musik im Saale ertönte lauter, man spielte eben das Finale.

Man konnte die Paare, in einem Walzer sich drehend, am Fenster vorüberfliegen sehen.

Das war Betty, ihr goldiges Haar, ihre Villanten, ihr weißer Teint leuchteten um die Wette; sie sah so frisch aus, und sie tanzte so stark. Sie brachte für diese Nacharbeit völlig ausgeruhete Glieder mit, und auch ihre geistigen Fähigkeiten waren durch keine frühere Arbeit in Anspruch genommen, wie sich's für eine richtige Weltkammerdienerin gehört.

Die Musik schwieg plötzlich, aber man applaudierte, weil man noch weiter tanzen wollte.

Luffi schlug die Augen auf und sah sich um. „Ist's noch nicht aus?“ fragte er und sah schlaftrunken auf Helene.

„Ja glaube nicht, aber es dauert Dir wohl zu lange?“ „Ach ja, ich muß um acht Uhr wieder in der Werkstatt sein.“

„Dann geh doch,“ ermunterte sie ihn. „Sie tanzt so gern, meine Betty, sie ist immer sehr unglücklich, wenn ich einmal früher aufbrechen will, und soll ich allein fortgehen? Das wäre doch gar zu rücksichtslos.“

Sie ließ sich an seiner Seite nieder und ergriff seine Hand.

„Du bist gut,“ sagte sie innig. Er lächelte abwehrend. „Ach, müde bin ich, furchtbar müde.“

„Dann schlaf weiter,“ sagte sie weich. Da rief eine schrille Stimme, wie die eines Pfau, von der Thüre her:

„Das ist aber hübsch von Dir, daß Du meinem Manne so angenehm die Zeit vertreibst. Der Deinige sucht Dich überall und auch Herr v. Vermina.“

Betty war zu ihnen getreten und legte ziemlich hart die Hand auf die Schulter ihres Mannes.

„General v. Bauer ist hier, er möchte Dich kennen lernen, Du wirst mich ihm vorstellen.“

Sie nahm seinen Arm und ging mit ihm hinaus; imponierend in ihrer Schönheit und in ihrem stolzen Selbstbewußtsein.

Helene blieb sitzen. In den Sessel zurückgelehnt, die Hände im Schoße, sah sie durch das Fenster in den Salon, wo die Paare aus Neue sich drehten. Ein dumpfer Druck

im Gehirn schien ihr alle Spannkraft zu rauben. Ein Ausdruck der Leere kam in ihr Gesicht, ermattet schloß sie die Augen.

Aber die Töne des Walzers umschmeichelten sie und willig ließ sie ihr Ohr.

Tanzen, ach ja, tanzen! Ihre Jugendlust wollte die Last besiegen, und alles zurückdrängend, gleichsam von sich werfend, was sie qualvoll bewegte, sprang sie plötzlich mit einem Satz empor.

„Tanzen, ja tanzen!“ Wo war ein Tänzer! Im nächsten Augenblick war sie nringt.

Ihr Mann und Herr v. Vermina waren eingetreten, gefolgt von Donner und Morre.

Und sie alle machten ihr Vorwürfe, wie einem Kinde, das sich eigenmächtig der Ueberwachung entzogen hatte.

Excellenz führte sie in den Saal zurück, um sie dort Donner zu überlassen, dem sie einen Walzer versprochen hatte.

Auch Morre tanzte mit ihr und andere.

Und jeder von ihnen legte seinen Arm fest um ihren schlanken, bebenden Leib und drückte sie an sich und beirrauschte sich an ihrem wehenden Atem, an der Schönheit ihrer herrlichen Hüfte, an dem ganz undefinierbaren Zauber, der während dieser erregten Nerven- und Muskelthätigkeit von ihr ausging.

Und sie tanzte unermüdet, alle ihre Kräfte verbrauchend, bis zur Besinnungslosigkeit.

Bei dem kleinen Bildhauer war es die Arbeit, eine ihn erfreuende künstlerische Thätigkeit, die ihn über alle Erbärmlichkeiten seines Lebens hinweghob, aber eine junge Dame, wie Helene, hat nur das Vergnügen, die wilde Lust des Augenblicks, um sich zu betäuben und ihren Ueberfluß an Kraft zu verbrauchen. (Fortsetzung folgt.)

Menge Sand in die Augen streuen, und daß es die Mission der Sozialdemokratie sei, das zu verwirklichen, was Petöfi als Ideal vorgeschwebt — die Weltfreiheit. Sodann wurden die mit breiten roten Schleifen versehenen Lorbeerkränze (von der sozialdemokratischen Parteileitung, der Buchdruckerorganisation usw.) auf den Sockel des Monuments niedergelegt, womit die proletarische Petöfi-Feier, die einzige im Geiste Petöfis gehaltene Kundgebung, zu Ende war. —

Soziale Bewegung.

Inland.

Im Bunzlau-Löwenberger Steinbruchrevier ist ein Steinarbeiterstreik ausgebrochen, der sich bereits fast über ganz Schlesien erstreckt und auf Berlin und, wie wir bereits gestern berichteten, auch auf Magdeburg übergesprungen ist. Berliner Unternehmer sind Besitzer der schlesischen Brüche und die Berliner Steinarbeiter benutzen die Gelegenheit, um ihre schon im vorigen Jahre vergebens erhobene Forderung: Stundenlohn von 70 Pfg. bei achtstündiger Arbeitszeit, zu erneuern. Die Ursache des Streiks in Schlesien bilden Streitigkeiten über die Auslegung des im März 1899 abgeschlossenen und noch bis 1. März n. J. gültigen Lohnvertrags. Es handelt sich namentlich um höhere Bezahlung bestimmter schwerer Arbeiten der Steinmänner. In einem Auftruf der Geschäftsleitung der Steinarbeiter Deutschlands an die gesamten Arbeiter der Steinindustrie Deutschlands wird zur Unterstützung der Ausständigen (bis jetzt über 1100 Mann) eine Extrasteuer ausgeschrieben. Der Streik der Berliner und Magdeburger Steinarbeiter charakterisiert sich als ein Sympathiestreik. Wäre in Bunzlau ein Gewerbegericht vorhanden, so wäre der Streik vielleicht schon beigelegt. Als vor einem Jahre die dortigen Arbeiter die Errichtung eines solchen anregten, erklärte der Magistrat, ein Gewerbegericht für Bunzlau sei ein „Unding“. — Zum Streik der Steinarbeiter wird uns aus Bunzlau gemeldet, daß die Ausständigen nach wie vor jederzeit zu Verhandlungen mit den Arbeitgebern bereit sind. Als charakteristisch ist zu erwähnen, daß nur die Firma Zeißler u. Wimmel die für Dienstag bestimmten Einigungsverhandlungen ablehnte, während die Firma Schilling gewillt war, in Verhandlungen mit den Arbeitern einzutreten. (Die Firma Schilling-Berlin hat auch die Steinarbeiten des Magdeburger Postneubaus.)

Die Maurer in Kotbus haben ohne Arbeitseinstellung den Jahrsurlaubtag und eine Erhöhung des Arbeitslohnes erzwungen. Der Stundenlohn beträgt bis zum 1. Januar 1900 36—38 Pfg., von da ab 38—40 Pfg. Die Gesellen, welche das Werkzeug selbst stellen, erhalten pro Stunde 2 Pfg. mehr. Auf größeren Bauten und Neubauten sind gebaute Bauten und vorchristliche mäßige sanitäre Aborte zu errichten. Erreicht ist die Anerkennung der Koalitionsfreiheit. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen gelten bis zum 1. April 1901. Wird eine Änderung gewünscht, so ist am 1. Januar zu kündigen, wo dann die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Bedingungen für das laufende Jahr festlegen.

Fester Lohn für Kellner in Hamburg. Eine Versammlung von 3000 Gastwirten und Hotelbesitzern von Hamburg und Altona wählte mit den Kellnervereinen eine 16gliedrige gemischte Kommission zur Einführung eines festen Lohnes für die Kellner, sowie zur Errichtung eines gemeinschaftlichen loslosen Arbeitsnachweises.

Zum Maureraustritt in Hannover fasste der Unternehmerverein für das Baugewerbe in Hannover und Umgegend folgenden Beschluß: In Anbetracht, daß die Lohnkommission der freien Arbeiter auf ihrer ungerechten Forderung hartnäckig besteht und den Arbeitgebern in keiner Weise Entgegenkommen zeigt, da ferner die heutigen Geschäftsverhältnisse nicht darauf sind, daß sie ein solch frisches Vorgehen der Maurer rechtfertigen, wird beschlossen: 1. Die von der Kommission gemachten Zugeständnisse werden zurückgezogen. 2. Für den Fall, daß die Maurer der Firma Georg Wirth u. Co. Montag, den 31. Juli, die Arbeit im Wirtshaus-Geschäft nicht wieder aufnehmen, werden dieselben von keiner Firma weisens Verbandes innerhalb eines Jahres in Arbeit genommen. 3. Sollte einem anderen Mitglied unseres Verbandes eine ähnliche Maßregelung durch die Arbeitnehmer erteilt werden, so wird von sämtlichen Baugewerbetreibern eine allgemeine Ausperrung der organisierten Arbeitnehmer des Baugewerbes verhängt und für den ohnehin geringen Bedarf fremde Arbeiter herangezogen. 4. Dem benachteiligten Verbänden wird von diesem Beschlusse Mitteilung gemacht. Welche Folgen dieser Beschluß zeitlich hat, ist uns noch nicht bekannt.

Wegen Streikpöbeln sollen zwei Arbeiter in Sinsheim je 15 Mark Polizeigeld bezahlen; sie sollen durch das Pöbeln großen Unfug verübt haben.

Ausland.

Löhne der schweizerischen Eisenbahnarbeiter. Eine Lokomotion der schweizerischen Eisenbahnen, zu deren Aufnahme und Beendigung der Bund einen Kontingentsvertrag von 3000 Franc leitete und die sich auf 11 739 Eisenbahnen erstreckt, davon 1249 verstaatlichte, hat mit 7549 mit 24 099 Kindern, ergab, daß 1895 vor der Lokomotion die jährliche Durchschnittsbezahlung 1573 Franc betrug, 1895 aber nach der Lokomotion 1853 Franc, mit 280 Franc mehr, gleich einer Steigerung von 17,8 Prozent. Dabei sind die Überstunden in die Entlohnung nicht einbezogen. Die von den fünf Hauptbahnen jährlich gezahlte Lohnsumme beträgt jetzt 25 482 725 Franc, davon 39 540 Personen leben müssen.

Löhne bei kommunalen Frachtwagen in England. Der Standard von Hull hat folgendes Ergebnis für die kommunale Frachtwagenbewegung: Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt 70 Stunden, wovon die Frachtwagen in Regal kommen. Arbeiter erhalten 30 Schilling pro Woche mit im Jahre 1900 1 Schilling mehr bis 40 Schilling pro Woche; Monatsgehälter betragen mit 28 Schilling pro Woche und steigen bis 35 Schilling, und erhalten Ueberzeit mit 6 Pence pro Stunde bezahlt; Konduktoren bekommen 18 Schilling und steigen bis 25 Schilling und erhalten für Ueberzeit in den ersten drei Jahren 4 Pence pro Stunde, später 4 1/2 Pence; Stallburgen erhalten 21 bis 25 Schilling wöchentlich, Feizer 28 bis 30 Schilling, Tagelöhner 25 bis 30 Schilling pro Woche. Die Stadt liefert auch die Uniformen.

Zur Massenausperrung in Dänemark dürften die folgenden Einzelheiten den deutschen Arbeitern von allgemeinem Interesse erscheinen. Die direkt ausgesperrten Berufe sind:

- | | | |
|--------------------------------------|--------------|---------------------------|
| 1. die Maurer | mit ca. 5000 | organisierten Mitgliedern |
| 2. die Zimmerer | 4000 | " |
| 3. die Tischler | 4000 | " |
| 4. die Sägwerkarbeiter | 1000 | " |
| 5. die Maschinenarbeiter | 6000 | " |
| 6. die Stuckateure | 100 | " |
| 7. die Klempner | 1000 | " |
| 8. die Gelbgießer | 300 | " |
| 9. die Eisengießer | 1300 | " |
| 10. die Maler | 2300 | " |
| 11. die ungelern. Arbeiter | 25000 | " |

Für die ersten zehn der genannten Berufe kommen noch etwa 1000 hinzu, die nicht organisiert sind; ungelernete Industrie-Arbeiter giebt es etwa 50 000, so daß hier nur die Hälfte organisiert ist. Es sind also in diesen elf Berufen etwa 50 000 organisierte und 26 000 unorganisierte Arbeiter. Mit Ausnahme der Gewerke Nr. 5 und Nr. 11 sind alle Organisierten ausgesperrt, während in diesen beiden noch eine Anzahl arbeiten. Indirekt von der Ausperrung betroffen sind:

- | | | |
|--|-------------|---------------------------|
| 1. die Drechsler | mit ca. 300 | organisierten Mitgliedern |
| 2. die Bildhauer | 150 | " |
| 3. die Tapezierer u. Dekorateurs | 850 | " |
| 4. die Schiffszimmerer | 450 | " |
| 5. die Dseilseher | 100 | " |
| 6. die Dachbeder | 50 | " |

In diesen Berufen ist der größere Teil der Organisierten arbeitslos geworden. Wenn man einen Durchschnitts-Tagelohn von nur 3 Kronen rechnet und die Gesamtzahl der Aussperrten auf rund 40 000 annimmt, so kommt bei einer Dauer der Aussperrung von jetzt 10 Wochen ein Gesamt-Lohnverlust von 7 200 000 Kronen heraus (1 Krone = 1,10 Mark). Unterstützung wurde von den Organisationen bis jetzt ca. 3 Millionen Kronen ausgezahlt. Seit einiger Zeit ist man mit der Austeilung von Naturalien vorgegangen. Human denkende Leute aus dem Bürgertum haben Sammlungen veranstaltet, um die Frauen und Kinder zu speisen. Die deutschen Arbeiter werden aus diesen schlichten Angaben ersehen, daß die Not groß ist. Die vom Auslande bisher eingegangene Summe beträgt ca. 100 000 Kronen. Die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften quittiert bis jetzt über 25 874 Mark für die Dänen, darunter allein von der Gewerkschaft der Buchdrucker 5000 Mark. Aus Magdeburg sind bereits über 1000 Mark abgeschickt.

40. Allgemeiner Vereinstag der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Zum Mittwoch fanden nur zwei Sonderversammlungen statt, von denen die der Kredit-Genossenschaften für unsere Leser kein Interesse bietet.

In der Sonderversammlung der Konsumvereine führte Fabrikant Barth-Windchen den Vorsitz. Scheeling-Hamburg, Geschäftsführer der Hamburger Großhandels-Gesellschaft, sprach über die Entwicklung des gemeinschaftlichen Konsumvertrags. Der Umsatz der Hamburger Gesellschaft ist bis 1898 von 1 1/2 auf 5 Millionen Mark gestiegen. Die Grundlage dieser Gesellschaft ist rein genossenschaftlicher Art. Sie besteht aus 1000 Mitgliedern in Form einer Zinsende an ihre Mitglieder. Sie steht außer mit den Konsumvereinen, ihren Abnehmern, mit den bestehenden Einkaufsvereinen in Verbindung, deren es jetzt eine ganze Reihe in Magdeburg, Dresden, Euph, Lauban, Koburg, Jena, Chemnitz und in Leipzig gibt; in Sachsen und Thüringen sind darunter Vereine in der Bildung begriffen. Allerdings ist der Umsatz der Gesellschaften ca. dem Gesamtumsatz der Konsumvereine haben, rechtlichmäßig gering. Es ist aber auch in dieser Beziehung Bestrebungen zu machen. In England und bei Schwitz habe man mit den Einkaufsvereinen sehr bedeutende Erfolge erzielt. — Der Wirtshausleiter, Generalsekretär Hans J. (Hauptamt), besprach die Anwendung der Selbsthilfe. Die Gründung des gemeinschaftlichen Konsumvertrags kann nur auf der Grundlage der gegenseitigen Zusammengehörigkeit der Konsumvereine, dessen Zentrum in der Hand eines an geeigneter Stelle liegenden Konsumvereins sich befindet, gefördert werden. Dem leitenden Vereine liegt die Sammlung der Bestellungen und die Sammlung der gemeinsam bezogenen Waren ob. Den Konsumvereinen wird der Zusammenbau zu solchen Einkaufsvereinen empfohlen. In der Besprechung gab der Delegierte des Verbandes der Schwedischen Konsumvereine, Dr. Müller-Bühl, eine Schilderung der verschiedenen Schwedischen Konsumvereine. Dr. Müller-Bühl sprach über seine Erfahrungen als Generalsekretär des Verbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit Direktor Wolff-Euph. Er berichtete über das unter seiner Leitung stehende Stabiliment und teilte mit, daß der Konsumvertragsvertrag von den Geschäftsträgern überall durchzuführen beginnt, so daß z. B. in Thüringen von keiner Seite durch Solch zu Eingruppieren zu erwarten ist. Wir hoffen und wünschen, daß man ähnliche Erfahrungen gemacht, weil die in der Besprechung beschriebenen Verfahren wertvolle Verkaufspraxis vorzuführen können, deren Durchsicht für die Durchführung der Lieferung gemacht haben. — Dr. Bernick-Berlin berichtete, daß die Einkaufsvereine die Lage etwas auf dem Wege der Ausbildung der Konsumvereine verbessern. Die Konsumvereine in einer großen Central-Einkaufsgesellschaft in der Schweiz besteht. Er machte sich in Deutschland eine eingehende Sache. Jenseits ist es man bereits sein, thätigste und erfolgreichste Einkaufsvereine aufzuführen.

Generalsekretär Dr. Bernick-Berlin berichtete die Bedeutung, welche die Genossenschaftlichkeit in Hamburg bereits für die Konsumvereine erlangt habe. Durch allgemeine Beteiligung an den Genossenschaften können viele der Vorteile der Genossenschaften gezogen und die Fortschritte sich besser verhalten, daß man den Konsumvereinen durch die Art der Bildung machen könne. — Nach dem Vortrag über die Schwedischen Konsumvereine, teilte Dr. Müller-Bühl seine Meinung in der Hand eines an geeigneter Stelle liegenden Konsumvereins sich befindet. Er machte sich in Deutschland eine eingehende Sache. Jenseits ist es man bereits sein, thätigste und erfolgreichste Einkaufsvereine aufzuführen.

Die Dienstzeit der Eisenbahnbeamten

(Eingefandt.)

In dem Artikel der Volksstimme (Nr. 179) „Die Lage der Unterbeamten und Arbeiter in der Eisenbahnverwaltung“ befindet sich auf Seite 1, Spalte 2 folgende beachtliche Stelle: „Auf dem Papier freilich bemüht sich die Verwaltung seit Jahren durch schriftliche Reglementierung die Ueberbürdung der Eisenbahnangestellten und Arbeiter zu bekämpfen; schade nur, daß all diese schönen Bestimmungen in der Praxis nicht befolgt werden und nicht befolgt werden können, so lange nicht mit dem ganzen bisherigen System gebrochen wird, die Eisenbahnen in der Hauptsache nicht mehr als Einnahmequelle für den Staat, sondern als ein wichtiges Kulturförderndes und menschenbeihilfendes Verkehrsmittel zu betrachten.“

Daß der Verfasser des Artikels auch uns Bureaubeamten aus dem Herzen gesprochen hat, beweist folgende Darstellung der Dienstzeit im Eisenbahn-Direktionsbezirk Magdeburg.

Bei den königlichen Eisenbahn-Verwaltungen ist für die Bureaubeamten, gleichviel ob sie als Beamte oder Hilfsbeamte beschäftigt sind, eine achtstündige Büreaudienstzeit eingeführt. Bei der königlichen Eisenbahn-Direktion Magdeburg gelten aber andere Bestimmungen. Für die Beamten, welche in den Büreaus der Direktion und den Inspektionen arbeiten, ist die Büreaudienstzeit im Sommer von 7 Uhr morgens bis 2 Uhr mittags festgesetzt, also 7 Stunden täglich. In den Expeditionen und in den Stationsbüreaus, woselbst seit 25 Jahren ebenfalls eine achtstündige Büreaudienstzeit bestanden, ist eine zehnstündige Dienstzeit eingeführt. Die zehnstündige Büreaudienstzeit erstreckt sich auf die Zeit von 7—12 Uhr morgens und von 2—7 Uhr abends.

In den 6 Wochentagen haben die Beamten der Direktion und Inspektionen 6 × 7 = 42 Stunden, die bei den Expeditionen und Stationsbeschäftigten Beamten 6 × 10 = 60 Stunden Dienst zu verrichten, mithin 18 Stunden die Woche, jährlich 52 × 18 = 936 Stunden mehr Dienst. Die Sonntage kommen für die Direktions- und Inspektionsbeamten nicht in Frage, weil alle sechsten Sonntag ein Beamter auf 1 oder 2 Stunden Dienst verrichten muß, dagegen die Expeditions- und Stationsbeamten auch Sonntag vollauf beschäftigt sind.

Warum diese Unterschiede bei einer Direktion? Sind etwa die Beamten, welche 42 Stunden in kühlen, luftigen Zimmern arbeiten besser als diejenigen, die das Vergnügen haben, 60 und mehr Stunden in der Woche bei den heißen Tagen zu arbeiten? Stehen die Leistungen der Beamten und Hilfsbeamten der Expeditionen und Stationen etwa den Leistungen der Direktions- und Expeditionsbeamten nach? In keiner Weise. Man frage einmal einen Beamten, welcher in einer Güterabfertigung im Versandt arbeitet. Er hat kaum Zeit, sein Frühstück zu essen. Es giebt für denselben keine Zeit die „Tante Faber“ zu lesen, oder stundenlang über Vereinsangelegenheiten zu debattieren.

Die zehnstündige Dienstzeit erzeugt natürlich bei den Beamten, welche mit dieser Dienstzeit beglückt sind, Unzufriedenheit. Es greift aber auch diese Bestimmung in das Familienleben ein. Die meisten dieser Beamten und Hilfsbeamten wohnen in den Vorstädten, weil eine passende Wohnung in der Nähe des Bahnhofes nicht zu erhalten und zu bekommen ist. Gegen 1 Uhr kommt der Beamte nach Hause, verzehrt schnell sein Mittagbrot, kauft im tollsten Sonnenbrand wieder nach dem Bureau, um nur pünktlich um 2 Uhr seinen Dienst antreten zu können. Gegen abend 8 Uhr kehrt der Beamte wieder nach seiner Behausung zurück. Nachdem das Abendessen vorüber, ist es 1/9 Uhr geworden. Die Kinder sind müde, der Vater abgespannt, und anstatt die frühe Abendluft genießen zu können, legt er sich zu Bett. So geht es einen Tag wie den andern. Was hat der Vater von seiner Familie? Wenn in allen Büreaus der Direktion usw. der zehnstündige Dienst eingeführt wäre, würden diese berechtigten Klagen nicht laut werden; warum also solche Unterschiede?

Wie würde es den Oberbeamten der Direktion gefallen, wenn ihre jetzige 2, 3 oder 4stündige Dienstzeit auf eine 10stündige festgesetzt werden würde. Klagen über Klagen würden wir zu hören bekommen. Ober ist die Einführung der 10stündigen Büreaudienstzeit auf etwa vorzunehmende Ersparrnisse zurückzuführen? Wir glauben zunächst nicht, daß es der Wille des Ministers ist, durch die 10stündige Dienstzeit die Einstellung von Hilfskräften zu eriparen. Wenn wirklich angeordnet ist, daß eine 10stündige Büreaudienstzeit eingeführt werden soll, dann gilt doch die Bestimmung nicht bloß für die Expeditions- und Stationsbeamten und Hilfsbeamten, sondern die Verfügung muß vom ersten Oberbeamten bis zum Hilfszeichner befolgt werden. Es wäre zu wünschen, daß hier so bald als möglich Remedur geschaffen wird, denn das geltende System der Dienststunden erweckt Unzufriedenheit. Und der Staat will doch in seinen Mustern anstellen nur zufriedene Beamte sehen. —

Militärische Nachrichten.

In der Gluthitze des 22. Juli, welcher zu den heißesten und schwülsten Tagen des Sommers gehörte, hat das in Mülhausen im Elsaß garnisonierende 112. Infanterie-Regiment eine ausgezeichnete Marsch- und Feldübungsunternehmung. Der Wetterbericht des meteorologischen Landesdienstes weist für den 22. Juli in Mülhausen eine Maximaltemperatur von 33,5 Grad Celsius nach. Der Unteroffizier der Reserve Bahnhilfsleiter Schneider ist noch am selben Tage dem Blüchlag erlegen. Sechs Tage später ist nach dem Vorwärts der Unteroffizier der Reserve Henri Graf gestorben, nachdem er bis dahin im Lazarett an den Folgen der ungewohnten Strapazen darnieder gelegen hatte.

Zu Hinblick auf die Flottenagitationen macht die freisinnige Zeitung darauf aufmerksam, daß gerade in Marinefragen schon allerlei Möglichkeiten über dem Reichstag hinweg eingetreten sind und führt hierüber des Näheren aus: Man hat innerhalb des Etatsjahres

plötzlich Verfügungen getroffen, die mit den erst kurz vorher dem Reichstag vorgelegten Plänen und Entwürfen der Regierung selbst in Widerspruch standen. So wurden im Januar 1897, entgegen allen bisherigen Vorlagen und Mitteilungen, plötzlich die drei Panzerschiffe „König Wilhelm“, „Deutschland“ und „Kaiser“ aus der Liste der Panzerschiffe gestrichen und als große Kreuzer 1. Klasse deklariert. Solches geschah unter Herrn Hollmann. In diesem Jahre wurde im März, also noch während des Etatsjahres 1898/99, plötzlich die Admiralität aufgehoben und damit die Organisation geändert, welche den Etatsbeziehungen zu Grunde lag. Eine solche Änderung war nicht einmal in dem neuen, am 1. April 1899 in Kraft tretenden Marineetat vorgesehen. So ist denn im März, April und Mai gegen den Etat registriert worden, und erst der Nachtragsetat hat der einige Monate vorher tatsächlich eingetretenen Änderung eine Rechtsgrundlage gegeben.

Eben jetzt kommt eine befremdliche Nachricht aus Kiel. Plötzlich ist verfügt worden, das Küstenpanzerschiff „Hagen“ einem völligen Umbau zu unterwerfen. Das Schiff wird in der Mitte gelöst, das Vorder- und Hinterschiff wird um 7 Meter auseinandergezogen und durch den Einbau eines den Schiffenformen entsprechenden Stückes wieder verbunden. Das Panzerschiff „Hagen“ gehört zu den 8 Küstenpanzerschiffen, welche erst in den Jahren 1889—95 fertiggestellt sind, insbesondere auch zum Schutz des Nordostsee-Kanals. Graf Caprivi nannte diese Schiffe scherzhaft „seine Kinder“, weil er als Chef der Admiralität seiner Zeit den Bau derselben eingeleitet hatte. Es sollten ursprünglich 10 Schiffe dieser Art gebaut werden, und dieselben wären auch gebaut worden, wenn nicht der Reichstag die Juangriffnahme des Baues des neunten und zehnten Schiffes verzögert hätte. Nachher hat dann die Marineverwaltung auf das neunte und zehnte Schiff überhaupt verzichtet. Auch im Flottengesetz ist eine Vermehrung dieser Schiffsklasse nicht vorgesehen. Die vorhandenen 8 Küstenpanzerschiffe haben zusammen 46 Millionen Mark gekostet. Für den geschilderten Umbau ist im Etat und auch im Nachtragsetat keinerlei Betrag vorgesehen. Unmöglich kann auch ein solcher Umbau besritten werden aus dem Etatstitel „zur Instandhaltung der Schiffe und ihres Inventars“. In Kiel besteht außerdem die Meinung, daß, falls der „Hagen“-Umbau ein zufriedenstellendes Resultat ergibt, man sämtliche 8 Küstenpanzerschiffe in derselben Weise umbauen will, sei es, um in ihnen die Anlage von größeren Kohlenbunkern zu ermöglichen, sei es, um sie mit stärkeren Maschinen oder anderen Geschützen zu versehen. In jedem Falle handelt es sich auch hier wieder um einen plötzlichen Entschluß, der ohne Rücksicht auf den Etat und den noch bis zum 18. Juni verjammelt gewesenen Reichstag gefaßt worden ist.

Handel und Industrie.

Die Einschränkung der Produktion und Erhöhung der Lederpreise wurde in einer Versammlung der größten Söhllederfabrikanten Norddeutschlands am 26. Juli in Hamburg beschloffen. Wie Schuh und Leder mittelst, ist eine Produktionsbeschränkung von 25 Prozent in Aussicht genommen und sollen in einer auf den 4. August anberaumten Versammlung über die Erhöhung der Preise nähere Beschlüsse gefaßt werden. Durch Circular wurden sämtliche maßgebenden Fabrikanten Deutschlands aufgefordert, sich an einer demnächst in Berlin in dieser Angelegenheit stattfindenden Versammlung zu beteiligen.

Auch der Verband der Berliner Filzschuhfabrikanten hat beschloffen, am 1. August eine Preiserhöhung von 5 bis 10 Prozent auf seine Fabrikate eintreten zu lassen. Die Maßregel wird mit der Steigerung des Preises der Rohstoffe begründet.

Gerechtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der vorbestrafte Handelsmann Max Brandt hier, geboren 1872, erhielt im Oktober 1898 von dem Fabrikanten Anke Würste zum Verkauf und Verkaufhand heimlich mit dem Erlöse von 450 Mark. Das Schöffengericht erkannte am 21. Juni d. J. wegen Unterschlagung auf 6 Monate Gefängnis. Das Berufungsgericht ermäßigte diese Strafe auf 2 Wochen Gefängnis.

Der Heizer Albert Helling hier, geboren 1875, erschwindelte sich am 3. Mai d. J. von der Witwe Schwill unter Vorpiegelung falscher Thatsachen Wohnung und Kost gegen eine monatliche Vergütung von 60 Mark und entfernte sich am 19. Mai heimlich, ohne Zahlung zu leisten. Der Angeklagte traf wegen Betrugs ein Monat Gefängnis, unter Anrechnung von zwei Wochen Untersuchungshaft.

Der Bäckergehilfe Hermann Henze, geboren 1877, und der Arbeiter Franz Fiedler, geboren 1869, zu Groß-Salze, verabredeten, bei dem Bäckermeister Puritz, dem früheren Arbeitgeber des Henze, einen Einbruchdiebstahl auszuführen und aus dem Kiste Geld zu holen. In der Nacht zum 24. Juni d. J. führten sie ihr Vorhaben aus. Fiedler stand Wache, während Henze eine Fensterscheibe mit Seife beschmierte und eindrückte. Durch das dadurch entstandene Geräusch wurden die Diebe ängstlich, besürchteten Entdeckung und liefen davon. In Anbetracht ihrer Vorstrafen erhielten wegen versuchten schweren Diebstahls Henze 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust, Fiedler 4 Monate Gefängnis.

In nicht öffentlicher Sitzung wurde die vorbestrafte verheiratete Maurer Paul Glade, Marie geb. Ahleke hier, geboren 22. Juni 1847, die in ihrer Wohnung, Dönhofsstraße 11, meistens Kellnerinnen beherbergt, wegen Kupplei zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Der Bäckergehilfe Gustav Probst hier arbeitete im Mai d. J. bei einem Meister in der Schroteistraße und stahl

seinem Mitgesellen Kubina aus der gemeinschaftlichen Schlafkammer 10,50 Mark. Nach seiner Entlassung erbrach Probst diese Kammer am 21. Juni und entwendete 3 Mark. Bei dem Bäckermeister Sporreiter in der Bollstraße stahl der Angeklagte dem Mitgesellen Gerede, dessen Koffer er mit einem falschen Schlüssel öffnete, am 14. Juni 10 Mark und versuchte ferner am 15. Juni, dem Meister aus einer in der Kammer hängenden Hofe Geld zu stehlen. Der Angeklagte war geständig und erhielt wegen seiner Diebereien 6 Monate Gefängnis.

Der schon öfter bestrafte Anecht Friedrich Meher aus Rathenow, geboren 1869, krieg in der Nacht zum 15. Februar d. J. in die Speisekammer des Kaffees Huth zu Buckow, bei dem er früher gedient hatte, und stahl eine große Menge Schwarz- und Branntwein. Der Gerichtshof erkannte wegen schweren Diebstahls auf 7 Monate Gefängnis.

Die vorbestrafte Arbeiterin Otto Müller, geboren 1879, und Walter Duckstein, geboren 1878, zu Neustadt, trafen in der Nacht zum 18. Dezember 1898 auf der Straße mit dem Musiker Sommer zusammen und forderten ihn auf, mit nach der Schmalzischen Restauration in der Nachtweidestraße zu kommen, um ihnen dort auf seiner Gitarre etwas vorzuspielen. Als er sich weigerte, führten sie ihn gewalttätig dorthin. Das Lokal war aber bereits geschlossen und nunmehr verlangten sie, Sommer solle auf der Straße spielen. Auf seine Weigerung schlug Müller gemeinschaftlich mit dem heute nicht erschienenen Arbeiter Friedrich Neumann mit Fäusten auf ihn los, warf ihn zur Erde und trat ihn mit den Füßen. Das Urteil lautete gegen Müller einschließend der noch abzuhängenden Gefängnisstrafen wegen Nötigung und Körperverletzung auf 11 Monate Gefängnis, gegen Duckstein wegen Nötigung auf 6 Wochen Gefängnis.

Wegen Kupplei wurden verurteilt: 1. die Witwe Sixtus, Auguste geborne Benke, hier, geboren 1829, zu 2 Monaten Gefängnis. 2. die Aufwärterin Marie Pfand hier, geboren 1858, zu einer Woche Gefängnis.

Hütet die Kinder vor Angriffen gemeiner Menschen.

Der wiederholt wegen Sittlichkeitsverbrechen, darunter mit acht Jahren Zuchthaus bestrafte, 32 Jahre alte Handarbeiter Emil Franz Günther aus Kleinschöcher beging am 27. Juni in Lindenau erneut an einem Kinde ein Sittlichkeitsverbrechen nach § 176, 3 Str.-G.-B. Die Ferienstrafkammer B in Leipzig verurteilte ihn zu 3 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Die Verhandlung war nicht öffentlich.

Eine Rabenmutter. Die Strafkammer des Großherzoglichen Landgerichts in Oldenburg verurteilte die 25jährige unverheiratete Arbeiterin Antonie Kuper aus Böningen wegen unmenschlicher Mißhandlung ihres 3 1/2-jährigen Sohnes Bernhard, dem sie die Nägel an den Fingern und Zehenspitzen teilweise vollständig abgeschnitten hatte, sodas der Kleine nichts anfassen und auch nicht gehen konnte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß zu der höchsten zulässigen Strafe von 3 Jahren Gefängnis.

Die Förster in Ungarn. Im März wurde aus dem Dorfe Papanpest ein Bauer vermißt, der nach mehreren Tagen ermordet im Walde aufgefunden wurde. Die Gendarmerie verhaftete als mutmaßliche Thäter die Bauern Josef Stancija und Josef Dragot, weil bei einem eine Heugabel gefunden wurde, die Eigentum des Ermordeten war, und bei dem andern ein Messer, das jenem gehörte. Vor dem Ortsrichter gestanden sie den Mord. Bei der Schlussverhandlung vor dem Luzofer Gericht beteuerten die Angeklagten jedoch ihre Unschuld und erklärten, das sie von den Gendarmen in der fürchterlichsten Weise gepeinigt worden seien. Sie wurden „in den Hock gespannt“, in welchem Zustande man sie stundenlang liegen ließ, dann wurden sie aufgehängt und jämmerlich geprügelt. Aus Furcht und Schmerz machten sie dann vor dem Richter, da die Gendarmen hinter ihnen standen, das Geständnis. Es wurde ferner durch Zeugen erwiesen, das die vorgefundene Heugabel nicht Eigentum des Getödteten war, ferner war wohl das Messer dessen Eigentum, allein seit einem Jahre im Besitze des einen Angeklagten. Der Staatsanwalt hielt trotzdem die Anklage aufrecht. Der Gerichtshof aber sprach nach kurzer Beratung die Angeklagten frei. Wegen die Gendarmen wurde die Anzeige höheren Orts erstattet.

Gesetzkunde.

Das Testament.

(Ausschneiden und aufbewahren.)

Ein Testament muß im Gebiete des preussischen Allgemeinen Landrechts unterschrieben und bei Gericht niedergelegt oder zu Protokoll des Amtsgerichts erklärt sein, um gültig zu sein. Dasselbe gilt für ein wechselseitiges Testament. Zeugen brauchen zur Anfertigung eines Testaments nicht zugegen zu sein.

Für ein wechselseitiges Testament ist etwa folgende Form zu empfehlen: Wir (Namen der Eheleute) setzen uns einander gegenseitig und unsere Kinder (Namen), sowie diejenigen Kinder, die uns etwa nach geboren werden, mit der Maßgabe zu Erben ein, das der Ueberlebende von uns die von aller Aussicht und Rechnungslegung befreite Verwaltung unseres beiderseitigen Vermögens bis zu seinem Tode behält und berechtigt ist, unter Lebenden über die Substanz zu verfügen. Was nach dem Tode des Ueberlebenden übrig bleibt, teilen die anderen Erben nach der gesetzlichen Erbfolge. Für den Fall einer Wiederverheiratung des Ueberlebenden hat Auseinandersetzung nach der gesetzlichen Erbfolge zu erfolgen. Wer von unseren Erben unser Testament ansieht, sollte, den jetzt wir auf Pflichten.

Die Höhe der Kosten richtet sich nach der Höhe des Objekts. Die Kosten für protokolllarische Testamentsaufgaben sind doppelt so hoch wie die für die Annahme eines offenen oder veriegelten Übergabens Testaments. Durch Benutzung obiger Anweisung wird also die Hälfte erspart. Die Kosten für die Annahme von Testamenten betragen: bei einem Objekt von 200—300 Mk.: 2.40 Mk., von 300—450: 3.—, von 450—650: 3.60, von 650—900: 4.20, von 900—1200: 5.—, 1200—1600: 6.00, 1600—2100: 7.00, 2100—2700: 8.00, 2700—3400: 9.00, 3400—4300: 10.00, 4300—5400: 11.00, 5400—6700: 12.00, 6700—8200: 13.00, 8200—10 000: 14.00, 10 000—12 000: 15.00, 12 000—14 000: 16.00 Mk. und so steigt bis 30 000 Mk. bei je 2000 Mk. mehr Objekt die Kosten um je 1 Mk., so das also bei Objekten von 28 000—30 000 Mk. die Kosten 24 Mk. betragen. Es betragen bei Objekten von 30 000—35 000 Mk. die Kosten 26 Mk., bei Objekten von 35 000—40 000 Mk. 28 Mk. Von da ab steigt es in der Kosten-

tabelle bei den Objekten um je 10 000 Mk., bei den Kosten um je 2 Mk., so das also bei Objekten von 90 000—100 000 Mk. die Gebühren 40 Mk. betragen. Von da ab steigen die Wertklassen um je 10 000 Mk., die Gebühren um je 1 Mk., so das also z. B. die Testamentsannahme bei Werten von 1 990 000 bis 2 Millionen Mark 230 Mark kostet. Die Kosten sind also wie durchweg in Gerichtsachen bei niederen Objekten proportional außerordentlich viel höher als bei hohen Werten. Wechselseitige Testamente gelten als zwei Testamente. Der Fiskus erhebt ferner ein Fünftel der angegebenen Sätze für die Aufbe- wahrung der Testamente. Für die Eröffnung und Ausfertigung einer letztwilligen Verfügung wird so viel wie für die Annahme erhoben. Für die Zurücknahme eines Testaments ist, falls zugleich ein anderes Testament überreicht wird, nichts, sonst die Hälfte der oben genannten Gebühren zu zahlen.

Der einfachste und billigste Weg zur Anfertigung eines Testaments ist demnach nicht der protokolllarische, sondern der: Man setzt seinen letzten Willen auf, achtet dabei darauf, das jemand zu Erben eingesetzt und kein Pflichterbe (Kinder oder Eltern) übergegangen ist. Sodann unterschreibt man das Testament und überreicht es offen oder veriegelte, aber persönlich dem Amtsgericht. Wird ein wechselseitiges Testament gemacht, so müssen beide Eheleute unterschreiben und zu Gericht gehen.

Vermischte Nachrichten.

Das Wild in den Forsten der Vänneburger Heide, Hirsche sowohl wie Rehe, ist von der Maul- und Klauen- seuche befallen. Mehrere tote Tiere wurden bereits in den Wäldern aufgefunden.

In der bienenwirtschaftlichen Ausstellung, welche in den Tagen vom 18. bis 22. August d. J. in Potsdam stattfindet, werden zum erstenmal Bienenböcker in Preussischen Ständerbeuten vorgeführt werden. Die Preussische Methode, eine lediglich auf Honiggewinn und Verhinderung des Schwärmens gerichtete Betriebsweise, ist im Frühling d. J. zuerst in die Öffentlichkeit gebracht worden und hat bei den Züftern viel Interesse erweckt.

Eine merkwürdige Folge der Diphtheritis wurde in der letzten Sitzung der Medizinischen Gesellschaft in Bukarest demonstriert und besprochen. Doktor Jonescu stellte ein Kind vor, das im Anschluß an eine diphtheritische Erkrankung die Fähigkeit des Lesens verloren hatte. Es vermochte die Finger einer Hand gut zu unterscheiden und zu zählen, sah jedoch von einem Buch nur die Kländer als schwarze Linien. Die nähere Untersuchung der Augen führte zur Feststellung einer Lähmung der Anspannungsmuskeln und einer Verengerung der Pupillen. Das ganze Gesichtsfeld war eingengt, und beim Sehen nach links erschienen doppelte Bilder. Der Arzt war der Meinung, das die die Augen regierenden Nerven im Verlaufe der Krankheit angegriffen worden waren, und ging so weit zu behaupten, das die Anwendung von Diphtherieheilblut das Auftreten solcher Nervenlähmungen begünstigte. Dieser letzteren Ansicht wurde von einigen der anwesenden Aerzte widersprochen, und es konnte ein Fall genannt werden, in dem eine Augenmuskellähmung erfolgte, zu einer Zeit, als das Serum überhaupt noch nicht bekannt war.

Ein Laichgeld.

Der Herzog von Arenberg, ehemals „reichsunmittelbarer“ Herr in der West-Necklinghausen, hat durch die Gunst der Gesetzgebung in Preußen das Recht behalten, von den in dem Kreise Necklinghausen gelegenen Rechen Abgaben (Regal) zu erheben. Was auf diese Weise dem Arenberger mühelos in den Schoß fällt, ergibt folgende Uebersicht. Im letzten Jahre zahlten an den Arenberger:

Reche Prosper 1	24 241,21 Mk.
„ Prosper 2	65 971,96
„ Erwald 1 und 2	50 398,78
„ Erwald 3 und 4	3 015,96
„ General Blumenthal	38 008,83
„ Graf Bismarck 1	9 183,56
„ Graf Bismarck 2	41 210,66
„ Graf Bismarck 3	19 655,17
„ Graf Wolke	33 231,76
„ Herfeld	31 604,07
„ Necklinghausen 1	18 289,59
„ Necklinghausen 2	22 403,03
„ Hugo 1	20 346,19
„ Hugo 2	15 727,36
„ Hugo 3	12 195,57
„ Schlägel und Eisen	30 413,92
„ König Ludwig	34 876,03
„ Mathias Stinnes	703,22
„ Nordstern	40 063,55
„ Unser Fried 2	5 431,02

Summa 522 966,51 Mk.

Ohne dafür einen Finger zu krümmen, streicht also der Herzog über eine halbe Million ein. Mit welchem Recht, fragt die Rheinisch-Westfälische Arbeiter-Zeitung. Schemen gehörten die Erbschaften den kommunistischen Gemeinwesen der Markgenossen. Durch das Recht der Gewalt ging das Eigentum an den Fossilien über an den deutschen Kaiser; diesem zwangen es im 14. Jahrhundert die Landesfürsten, darunter auch die Vorfahren des Arenbergers, ab. Die Landesfürsten wurden wieder enteignet durch die kapitalistische Bourgeoisie, aber 1865 machte das preussische Berggesetz eine Ausnahme: Den ehemaligen „Reichsunmittelbaren“ belieh man das Regal; ja 1892, als der Fiskus auf die Regalabgabe verzichtete, wurde dennoch den Junkern ihr „altes wohlverwobenes Recht“ gelassen. Sie dürfen weiter Abgaben vom Bergbau erheben. Das Junkerrecht wurde also respektiert, wie sah es jedoch aus mit dem Bergarbeiterrecht? Die Bergleute hatten früher viele Vorrechte, Steuer- und Militärfreiheit, Volks- und Weiberecht, den Anspruch auf ständige Arbeit, staatlich geregelte Schichtzeit und sogar amtlich normierten Arbeitslohn. Alles hat man den Arbeitern genommen, kein altes Recht haben sie behalten. Den Junkern belieh man das volkswirtschaftlich unberechtigte Regal, den Bergarbeitern nahm man alle Vorrechte.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Agnes Sorma hat sich entschlossen, die deutschen Gast-Vorstellungen während der Pariser Weltausstellung unter ihrer alleinigen Direktion zu veranstalten. Direktor Lautenburg ist von dem Unternehmen wegen „unüberwindlicher Schwierigkeiten“ zurückgetreten.

